

Quo vadis? Das erfolgreiche unabhängige Zentralabitur am Scheideweg

Klein, Eduard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klein, E. (2014). Quo vadis? Das erfolgreiche unabhängige Zentralabitur am Scheideweg. *Ukraine-Analysen*, 126, 20-23. <https://doi.org/10.31205/UA.126.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



ESKALATION DER GEWALT IN DER UKRAINE BILDUNGSSYSTEM

■ DOKUMENTATION		
Reaktionen auf die Verabschiedung der umstrittenen Demonstrationsgesetze am 16.01.2014		2
Reaktionen auf die Eskalation der Gewalt am 19.–22. Januar 2014		7
■ UMFRAGE		
Zwei Monate Proteste in der Ukraine (November–Dezember 2013)		13
■ ANALYSE		
Die Reform der Hochschulgesetzgebung in der Ukraine: Stand der Diskussion und Hauptthemen		16
Von Inna Sovsun, Kiew		
■ ANALYSE		
Quo vadis? Das erfolgreiche unabhängige Zentralabitur am Scheideweg		20
Von Eduard Klein, Bremen		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Umfragen zur Unabhängigen Externen Prüfung und zu den Problemen der Hochschulen		24
■ CHRONIK		
11. Dezember 2013 – 26. Januar 2014		28



Reaktionen auf die Verabschiedung der umstrittenen Demonstrationsgesetze am 16.01.2014

Anmerkung der Redaktion: Am 28. Januar hat die Werchowna Rada die umstrittenen Gesetze vom 16. Januar rückgängig gemacht. Die Ukraine-Analysen bringen eine Übersicht über die Positionen der einzelnen Akteure vor der Rücknahme der Gesetze.

Internationale Reaktionen

Europäische Union:

Schlussfolgerungen des Rats für Auswärtige Angelegenheiten zur Ukraine, Brüssel, 20.01.2014 (inoffizielle Übersetzung)

Der Rat hat die folgenden Schlussfolgerungen angenommen:

»1. Unter Verweis auf die Erklärung der Hohen Vertreterin Ashton vom 17. Januar 2014 bekundet der Rat seine tiefe Besorgnis über die Gesetze, die von der Werchowna Rada am 16. Januar unter zweifelhaften verfahrensrechtlichen Umständen verabschiedet wurden. Diese Rechtsakte schränken Grundrechte der ukrainischen Bürger wie Versammlungsfreiheit, Medien- und Pressefreiheit erheblich ein und beschneiden ernsthaft die Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die EU ruft die ukrainischen Behörden auf, sicherzustellen, dass diese Entwicklung rückgängig gemacht wird und dass diese Rechtsvorschriften in Einklang mit den europäischen und internationalen Verpflichtungen der Ukraine gebracht werden.

2. Die EU ist sehr besorgt über die jüngsten Entwicklungen in der Ukraine und fordert alle Akteure auf, durch einen umfassenden Dialog eine demokratische Lösung der aktuellen politischen Krise zu finden, die die Erwartungen des ukrainischen Volkes zu erfüllt. Sie fordert alle Beteiligten auf, Zurückhaltung zu üben und die Behörden, das Recht der friedlichen Demonstranten auf Versammlungs- und Redefreiheit sowie die Pressefreiheit uneingeschränkt zu achten und zu schützen. Alle Gewalttaten müssen ordnungsgemäß untersucht und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.

3. Unter Verweis auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 10. Dezember 2012 tritt die EU weiterhin für die politische Assoziierung und die wirtschaftliche Integration der Ukraine auf der Grundlage der Achtung gemeinsamer Werte und für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der vertieften und umfassenden Freihandelszone ein, sobald die Ukraine dazu bereit ist.«

Quelle: <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/140659.pdf>

Zur Position der EU/Europa siehe auch:

- Statement by EU High Representative Catherine Ashton on developments in the Ukrainian Parliament, Brussels (17/01/2014) <http://eeas.europa.eu/statements/docs/2014/140117_01_en.pdf>
- Statement by Commissioner Füle on the decisions adopted by the Verkhovna Rada (17/01/2014) <http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/press_corner/all_news/news/2014/2014_01_17_2_en.htm>
- Schulz condemns passage anti-freedom laws in Ukraine, Press Release, Brussels (17/01/2014) <http://www.europarl.europa.eu/the-president/en/press/press_release_speeches/press_release/2014/2014-january/html/schulz-condemns-passage-anti-freedom-laws-in-ukraine>
- Ukraine: Commissioner Muižnieks to assess legislative changes, Council of Europe, Commissioner for Human Rights, Strasbourg (17/01/2014) <<http://www.coe.int/en/web/commissioner/-/ukraine-commissioner-muiznieks-to-assess-legislative-changes>>
- Secretary General Jagland alarmed by “rushed” legislation affecting fundamental rights in Ukraine (17/01/2014) <http://hub.coe.int/en/web/coe-portal/press/newsroom?p_p_id=newsroom&_newsroom_articleId=1717903&_newsroom_groupId=10226&_newsroom_tabs=newsroom-topnews&pager.offset=0>
- Statement of Secretary General Jagland following his meeting with Ukrainian Prime Minister Azarov (23/01/2014) <http://hub.coe.int/en/web/coe-portal/press/newsroom?p_p_id=newsroom&_newsroom_articleId=1725283&_newsroom_groupId=10226&_newsroom_tabs=newsroom-topnews&pager.offset=0>

USA:

Bemerkungen von Außenminister John Kerry in Bezug auf die gestrigen Ereignisse in der Ukraine, 17.01.2014 (inoffizielle Übersetzung)

Außenminister John Kerry kommentierte die gestrigen Ereignisse in der Ukraine vor seinem Treffen mit dem griechischen Außenminister Evangelos Venizelos in Washington, DC, am 17. Januar so:

Ich möchte kurz ein Wort über die Ereignisse sagen, die gestern in der Ukraine stattgefunden haben. Die Gesetze, die in der Rada ohne Transparenz und Rechenschaftspflicht durchgepeitscht wurden, verstoßen gegen alle Normen der OSZE und der EU. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Menschen in der Ukraine mit Europa verbunden und assoziiert sein und in diese Richtung gehen wollen. Die Schritte, die gestern gemacht wurden, sind antidemokratisch, sie sind falsch, sie nehmen den Menschen in der Ukraine ihre Wahl und ihre Chancen für die Zukunft. Deshalb werden wir uns weiterhin schwerpunktmäßig mit diesem Thema auseinandersetzen, aber diese Art antidemokratischer Manöver ist extrem beunruhigend und sollte jede Nation beschäftigen, die sehen will, dass die Menschen in der Ukraine in der Lage sind, ihren Wunsch nicht nur zum Ausdruck zu bringen, sondern auch im politischen Prozess umzusetzen.

Quelle: <<http://ukraine.usembassy.gov/statements/kerry-legislations.html>>

Zur Position der USA siehe auch:

- Statement by State Department Spokesperson Jen Psaki on Passage of Undemocratic Legislation in Ukrainian Parliament (16/01/2014) <<http://ukraine.usembassy.gov/statements/psaki-ukraine-legislation.html>>
- Statement by Senators McCain and Murphy on Passage of Anti-Protest Laws in Ukraine, (17/01/2014) <<http://www.mccain.senate.gov/public/index.cfm/press-releases?ID=49f863ff-b06b-4509-8d88-015a1997a89a>>

Nationale Reaktionen

Offizielle Position Kiews

Kommentar des Außenministeriums der Ukraine, 18.01.2014 (inoffizielle Übersetzung)

Das Außenministerium der Ukraine hat die Aussage des Vorsitzenden der OSZE, des Ministers für auswärtige Angelegenheiten der Schweiz D. Burkhalter, überrascht, in der die Besorgnis über die Verabschiedung der jüngsten Gesetze durch die Werchowna Rada zum Ausdruck gebracht wurde.

Wir betonen, dass die Gesetze, die das Parlament der Ukraine am 16. Januar 2014 verabschiedet hat, dazu dienen, in der ukrainischen Gesetzgebung eine Reihe von Bestimmungen zu implementieren, die bereits in der Gesetzgebung vieler europäischer Staaten existieren, den anerkannten demokratischen Standards und internationalen Praktiken entsprechen und im Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen stehen.

Wir hoffen, dass sich der Schweizer Vorsitz der OSZE in seiner Tätigkeit an die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit hält, die für die erfolgreiche Umsetzung der Aufgaben der politischen Führung dieser Organisation notwendig sind.

Quelle: <<http://mfa.gov.ua/ua/press-center/comments/536-komentar-mzs-ukrajini>>

Beschlussfassung der Rallye-Teilnehmer »Politische Stabilität – Grundlage des sozialen Fortschritts! Stopp politischen Extremismus – bewahre die Ukraine«, Partei der Regionen, 17.01.14 (inoffizielle Übersetzung, Hervorhebung wie im Original)

In Unterstützung der Gesetze, die von der Werchowna Rada der Ukraine am 16. Januar 2014 verabschiedet wurden Kiew, 17. Januar 2014

Wir, die Teilnehmer der Versammlung, bringen einstimmig unsere Unterstützung für die Entscheidungen der parlamentarischen Mehrheit zum Ausdruck und sind der Meinung, dass die verabschiedeten Gesetze ein effektives Mittel zur Bekämpfung terroristischer Handlungen und des politischen Extremismus sind.

Wir sind empört über die aufrührerischen Aktionen der Oppositionspolitiker, die ihre Anhänger aus persönlichem politischem Gewinnstreben zu rechtswidrigen Handlungen und Vandalismus auffordern zu interethnischem und interreligiösem Hass und Intoleranz anregen und zur Gewalt rufen.

Unter dem Deckmantel der demokratischen Lösungen erzeugen diese Organisatoren der so genannten friedlichen Versammlung Gesetzlosigkeit, stürzen das Land in Chaos und die Anarchie mittelalterlicher Unruhen und bringen eine direkte Bedrohung seiner territorialen Integrität und des Lebens und der Gesundheit der Bürger der Ukraine mit sich. (...)

Wir betrachten die Annahme der antiextremistischen Gesetze als einen weiteren Schritt der **Ukraine hin zu internationalen Rechtsstandards**. Angesichts der Erfahrungen der USA, Kanadas und der europäischen Länder auf dem Gebiet der nationalen Sicherheit wird die Ukraine **eine zuverlässige Barriere** gegen Aggression und Gewalt setzen und **die öffentliche Ruhe und Harmonie bewahren**.

Wir ermutigen die auf dem Euromaidan stehenden ukrainischen **Bürger, den politischen Provokateuren nicht zu folgen**, sich an illegalen Aktivitäten nicht zu beteiligen, ihr eigenes Leben und das Leben anderer nicht zu gefährden. Nach der Verkündung des europäischen Entwicklungspfads ist es wichtig, sich an eine der grundlegenden Formeln des europäischen Erfolgs zu erinnern: **Politische Stabilität ist die Grundlage für sozialen Fortschritt und Wohlstand!**

Wir rufen dazu auf, an unsere gemeinsame Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder, an die Zukunft unserer geliebten Ukraine zu denken!

STOPP POLITISCHEN EXTREMISMUS – BEWAHRE DIE UKRAINE!

Quelle: <<http://partyofregions.ua/en/news/52d90eafc4ca4214770002f9>>

Opposition:

Klitschko sagt, die Regierung stellt die Menschen außerhalb des Gesetzes, 16.01.2014 (inoffizielle Übersetzung)

»Durch die heutigen Ereignisse im Parlament wurden die Menschen in der Ukraine ihrer bürgerlichen Rechte und Freiheiten beraubt und, in der Tat, geächtet. Gemäß diesen Gesetzen, die durchgepeitscht wurden, ist es verboten, auf dem Maidan zu stehen, ist es verboten, Zelte aufzubauen, ist es untersagt, sich über korrupte Richter zu äußern. Und vieles mehr ist verboten«, sagte Klitschko. »Zugleich können die Behörden einschüchtern, Aktivisten schlagen und ihre Führerscheine entziehen, Eigentum der AutoMaidan-Aktivisten beschlagnahmen, die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger ignorieren« (...)

Quelle: <<http://klichko.org/en/news/news/klichko-vlada-postavila-gromadyan-poza-zakonom>>

Heute hat Janukowytsch unsere Freiheit für 15 Milliarden an Putin verkauft – Jazenjuk auf dem Maidan, 16.01.2014 (inoffizielle Übersetzung)

(...) Arsenij Jazenjuk sagte, dass die Parlamentsmehrheit heute ein Gesetz verabschiedet hat, das mehr als fünf Autos in einer Kolonne verbietet. »Lasst uns mit vier [Autos – Redaktion der UA] fahren, aber zehnmal mehr als heute.«

Er sagte auch, dass eines der verabschiedeten Gesetze den Demonstranten das Tragen von Helmen verbietet: »Wir werden sie mitnehmen, aber in einem entscheidenden Moment anziehen.« »Sie haben ein Gesetz darüber verabschiedet, dass Sie die Wahrheit im Internet nicht schreiben dürfen. Dann werden wir eben Samisdat herstellen und in Millionen von Kopien verteilen«, sagte Jazenjuk.

»Sie haben ein Gesetz verabschiedet, das es verbietet, das zu denken, zu sagen und zu tun, was jeder Ukrainer will. Das ist doch schwachsinnig! Wir werden niemandem und niemals erlauben, unsere Freiheit zu verhöhnen«, sagte er. (...)

Quelle: <<http://batkivshchyna.com.ua/news/open/396>>

Oleh Tyahnibok: »Die parlamentarische Mehrheit hat einen Putsch durchgeführt«, 16.01.2014 (inoffizielle Übersetzung)

(...) »Was heute im Parlament geschehen ist, zeigt, dass es keine gesetzgebende Gewalt in der Ukraine mehr gibt. Der Parlamentarismus ist heute in der Ukraine gestorben. Was in der Werchowna Rada passiert ist, ist eine absolute Farce, eine Demonstration der vollständigen Usurpation der Macht. Ein Clan hat heute neben der Exekutive und der Justiz auch noch die Legislative gekapert und sich angeeignet.« (...)

Quelle: <<http://www.svoboda.org.ua/diyalnist/novyny/046508/>>

Zivillgesellschaft:

Auszüge aus der Erklärung des Zivilgesellschaftlichen Forums der Östlichen Partnerschaft bezüglich repressiver Gesetze in der Ukraine und in Aserbaidschan, 20.01.2014 (inoffizielle Übersetzung)

Sehr geehrter Hoher Vertreter, sehr geehrter Herr Kommissar, sehr geehrter Herr Präsident des Europäischen Parlaments, sehr geehrte Minister,

der Lenkungsausschuss des Forums der Zivilgesellschaft der Östlichen Partnerschaft fordert die Europäische Union auf, alle finanziellen Hilfen für die Regierung der Ukraine zu stoppen und ein Reiseverbot für alle 239 ukrainischen Abgeordneten zu verhängen, die am 16. Januar 2014 für die neuen autoritären Gesetze, die die Versammlungs-, Rede- und Vereinigungsfreiheit einschränken, gestimmt haben. Die EU-Sanktionen sollen das Einfrieren der EU-basierten Finanzanlagen von Gesetzgebern umfassen und für den Präsidenten Wiktor Janukowytsch gelten, der die Maßnahmen durch seine Unterschrift zum Gesetz gemacht hat.

Die neu erlassenen Maßnahmen in der Ukraine umfassen Zensur und Verleumdungsgesetze im sowjetischen Stil und erlauben es den Staatsanwälten, Strafverfolgung einzuleiten, um Kritik an der Regierung auszumerzen. Die Gesetze schränken auch das Recht ein, die unabhängigen Medien im Internet zu betreiben, und diejenigen, die keine Lizenz von der Regierung haben, mit Geldbußen zu bestrafen und ihre Server zu beschlagnahmen. Während den Verantwortlichen für die Gewalt gegen friedliche Demonstranten am Euromaidan Straffreiheit gewährt wurde, gefährdet die neue Gesetzgebung die Versammlungs-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit und verhängt Gefängnisstrafen von 10 bis 15 Jahren für die Massenstörungen oder Proteste. Auf dieser Grundlage können alle, die an diesem Wochenende in der Ukraine friedlich protestieren, ins Gefängnis geschickt werden.

Bei der Abstimmung über diese neuen Gesetze haben die Politiker der regierenden Partei in der Ukraine die Grenze zur autoritären Herrschaft überschritten, was die Aussetzung der Demokratie und der grundlegenden Menschenrechte bedeutet. Die neuen Gesetze stehen im Widerspruch zu den Verpflichtungen der Ukraine als Mitglied des Europarats und trotz den jeweiligen Verpflichtungen im Rahmen der Östlichen Partnerschaft. Die EU sollte entsprechende Sanktionen für Politiker in allen Ländern der Östlichen Partnerschaft einführen, die diese Grenze überschritten haben, und sie muss dies dadurch unterstützen, dass sie auf der Unterzeichnung einer Charta der Grundrechte und Freiheiten durch alle Partnerländer besteht – wodurch die Menschenrechte, die Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit gefördert und geschützt und unabhängige Medien sowie das Recht auf freie und faire Wahlen garantiert werden. Jede Verletzung der Charta – eine neue Initiative, die vom Zivilgesellschaftlichen Forum momentan entwickelt wird – sollte die EU-Sanktionen auslösen.

Das Zivilgesellschaftliche Forum stellt fest, dass die ukrainischen Behörden die russische Gesetzgebung übernommen haben und die Nichtregierungsorganisationen, die Gelder aus internationalen Quellen beziehen, als »ausländische Agenten« bezeichnet und sie zusätzlich besteuert. (...)

Es ist jetzt unerlässlich, dass die EU nachweislich auch Akteure der Zivilgesellschaft und Bürger unterstützt, die in den östlichen Partnerländern ihre Meinung frei zum Ausdruck bringen wollen. Die EU-Unterstützung sollte über die finanzielle Hilfe für die Zivilgesellschaft hinausgehen und gewährleisten, dass alle EU-Vertreter, die in die Ukraine, nach Aserbaidschan und in andere Partnerländer reisen, sich mit Vertretern der Zivilgesellschaft treffen und ihre Aufrufe für die Versammlungsfreiheit und die Aufhebung der Beschränkungen der Zivilgesellschaft lautstark unterstützen. Mit freundlichen Grüßen,

Lenkungsausschuss, Zivilgesellschaftliches Forum der Östlichen Partnerschaft

Quelle: <http://euprostrir.org.ua/news/statement_of_eastern_partnership_civil_society_forum_on_repressive_laws_in_ukraine_and_azerbaijan>

Zur Position der Zivilgesellschaft siehe auch:

- Stop attack on rights and freedoms in Ukraine!, International Renaissance Foundation (16/01/2014) <http://www.irf.ua/index.php?option=com_content&view=article&id=42061:stopattackonrightsandfreedomsinukraine&catid=81:news-irf-en&Itemid=67>
- Statement of Razumkov Centre regarding legislative acts adopted by the Parliament of Ukraine on January 16, 2014 (17/01/2014) <http://www.razumkov.org.ua/eng/news.php?news_id=444>
- Amnesty International Public Statement: "Ukraine: Repressive legislation threatens freedom of expression, assembly and association" (17/01/2014) <<http://www.amnesty.org/en/library/asset/EUR50/001/2014/en/d0d2b5d3-5-bac-44af-b5ad-87893e20e705/eur500012014en.pdf>>
- Brief legal analysis of the human rights related bills considered during the Plenary Meeting of the Ukrainian Parliament on January 16, 2014 and signed by the President of Ukraine on January 17, 2014, Ukrainian Helsinki Human Rights Union (19/01/2014) <<http://helsinki.org.ua/en/index.php?id=1390119917>>
- Statement of the Ukrainian human rights organizations (22/01/2014) <<http://helsinki.org.ua/en/index.php?id=1390370041>>
- Legal opinion of the Centre for Political and Legal Reforms on the "laws" of 16 January 2014 (23/01/2014) <<http://www.en.pravo.org.ua/index.php/2-uncategorised/557-legal-opinion-of-the-centre-for-political-and-legal-reforms-on-the-laws-of-16-january-2014>>

Grafik 1: Infografik der Bürgerbewegung Tschesno mit den Hauptbestimmungen der Gesetze vom 16.01.2014



Quelle: <http://chesno.org/news/1815/>

Reaktionen auf die Eskalation der Gewalt am 19.–22. Januar 2014

Nationale Reaktionen

Offizielle Position Kiews

Blogeintrag des Premierministers Mykola Asarow

»Provokateuren auf Hruschewskij-Straße gelingt es nicht, die Regierung zu provozieren«,

22.01.2014 (inoffizielle Übersetzung)

Jetzt sagen viele, dass wir über den Point of no Return hinausgegangen sind. Ja, ich bin einverstanden. Diejenigen, die die friedlichen Proteste zu Gewaltaktionen gegen die ukrainischen Strafverfolgungsbehörden gemacht haben, haben den Rubikon überschritten. Und sie hatten kein schlechtes Gewissen, mit alledem an einem großen religiösen Fest – dem Tag der Erscheinung des Herrn – zu beginnen. Sie organisieren Brandstiftung, benutzen Blank- und Brandwaffen, provozieren und lynchen. Und sie werfen Molotow-Cocktails auf Polizisten.

Diese Menschen haben sich für ihre Handlungen zu verantworten. Die Bevölkerung soll wissen, dass die Verantwortung für die Todesopfer bei den Organisatoren der Unruhen liegt, bei der Opposition, die in den letzten zwei Monaten die Bürger zu Straftaten angestiftet hat. Die oppositionellen Abgeordneten besitzen jedoch Immunität, während die Bürger leiden.

Ich spreche den Familien, deren Angehörige bei den Auseinandersetzungen getötet oder verletzt wurden, mein aufrichtiges Mitgefühl aus. Ich bin den Strafverfolgungsbehörden für die Erfüllung des Treueschwurs, für ihren Mut dankbar. Ich bin auch denjenigen Ukrainern dankbar, die ihre Unterstützung für diese Jungs in sozialen Netzwerken geäußert haben. Der Staat wiederum wird den verletzten Polizisten bei Fragen der medizinischen Behandlung und der Rehabilitation helfen.

Ich wiederhole erneut: Wir verhandeln nicht mit denen, die einer legitimen, rechtmäßig gewählten Regierung ein Ultimatum stellen. Wir werden uns mit den politischen Kräften, die die Nation spalten, nicht verständigen.

Lasst uns heute, am Tag der Wiedervereinigung der Ukraine, Ausdauer und Selbstbesinnung zeigen. Wir werden kein Chaos, keine Anarchie und keine Teilung des Landes zulassen.

Unsere Stärke liegt in der Einheit!

Quelle: <<http://www.azarov.ua/blog/Provokatoram-na-Grushevskogo-ne-udastsya-sprovotsirovat-vlast.html>>

Botschaft des Präsidenten bezüglich der jüngsten Entwicklungen in Kiew,

22.01.2014 (inoffizielle Übersetzung)

Ich drücke mein tiefes Bedauern aus für die Todesopfer in dem Konflikt, der von Extremisten aus der Politik ausgelöst wurde. Mein aufrichtiges Beileid den Familien der Opfer.

Wieder einmal bitte ich die Menschen, der Verlockung der Appelle von politischen Radikalen nicht zu erliegen. Noch ist es nicht zu spät, um aufzuhören und den Konflikt auf friedlichem Wege beizulegen.

Wieder einmal rufe ich die Opposition dazu auf, sich an den Verhandlungstisch zu setzen und die Konfrontation zu stoppen.

Ich bin gegen Blutvergießen, gegen die Anwendung von Gewalt, gegen Aufstachelung zu Hass und Gewalt.

Ich bitte die Menschen, in ihre Häuser zurückzukehren. Wir müssen in der Ukraine Frieden, Ruhe und Stabilität wiederherstellen.

Quelle: <<http://president.gov.ua/en/news/29975.html>>

Auszüge aus dem Interview mit dem ukrainischen Botschafter in Deutschland, Pavlo Klimkin,

»Sanktionen sind keine Lösung«, Deutschlandfunk, 24.01.2014

(...)

Heinemann: Stichwort Gewalt: Wer ist verantwortlich für die Toten von Kiew?

Klimkin: Man versucht jetzt, das zu klären. Man hat gestern Abend gesagt, dass zwei Menschen auf Majdan beispielsweise mit Jagdgeschossen, angeblich mit Jagdgeschossen getötet wurden, und diese Jagdgeschosse benutzt das Innenministerium selbstverständlich nicht. Man muss da ganz klar ermitteln, wer ist dafür verantwortlich.

Heinemann: Vitali Klitschko sagt heute in der »Bild«-Zeitung, es seien Scharfschützen in Position gegangen.

Klimkin: Ja, deswegen prüft man das. Und das ist gerade das, was die ganze Lage auch zugespitzt hat.

Heinemann: Wieso sind denn Scharfschützen in Stellung, wenn sie nicht schießen sollen?

Klimkin: Nein, man spricht im Moment nicht über die Scharfschützen. Das ist nicht bestätigt. Aber das ist wirklich eine Entwicklung, die man gleich prüfen muss. Und wie gesagt: Diese Information, dass mit Jagdpatronen getötet wurde, das muss ganz, ganz schnell geprüft werden.

Heinemann: Schließen Sie aus, dass die Polizei gezielt auf Demonstranten schießt, oder Sicherheitssondereinsatzkräfte der Berkut?

Klimkin: Ja, absolut!

Heinemann: Da sind Sie ganz sicher?

Klimkin: Man hat Gummigeschosse zwar angewendet, aber auf keinen Fall dann gezielt geschossen.

Heinemann: Da sind Sie ganz sicher?

Klimkin: Absolut! (...)

Heinemann: Herr Botschafter, US-Vizepräsident Joe Biden und EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso schließen Sanktionen beziehungsweise Konsequenzen nicht aus, zum Beispiel Einschränkung von Visa oder Konten sperren. Wie würde die ukrainische Führung auf solche Sanktionen reagieren?

Klimkin: Ich glaube, die Sanktionen sind nie eine Lösung. Sie haben zwar so eine Art Signalwirkung, aber sie können in dem Sinne nichts bewirken. Und das Wichtigste ist nicht, über die Sanktionen nachzudenken, sondern die Lage in der Ukraine so schnell wie möglich zu stabilisieren und auch zu gewährleisten, dass man miteinander spricht, dass keine Gewaltexzesse, und zwar nachhaltig, nicht passieren, und dass man einen Konsens, und nicht nur einen politischen Konsens, sondern einen gesellschaftlichen Konsens in der Ukraine schnell findet.

Heinemann: Könnten denn Sanktionen diese Suche nach einem Konsens beschleunigen?

Klimkin: Nein, ich glaube nicht. Wir, die Ukraine, wir müssen diesen Konsens finden. (...)

Quelle: <http://www.deutschlandfunk.de/ukraine-sanktionen-sind-keine-loesung.694.de.html?dram:article_id=275455>

Zur offiziellen Position Kiews siehe auch:

- President's address to Ukrainian people, Press office of President Viktor Yanukovich (20/01/2014) <<http://president.gov.ua/en/news/29966.html>>
- Opening statement of Prime Minister of Ukraine Mykola Azarov during Government's meeting on January 22, 2014 <http://www.kmu.gov.ua/control/en/publish/article?art_id=246993844&cat_id=244851734>
- The statement of the Minister of Internal Affairs of Ukraine Vitaliy Zakharchenko, (25/01/2014) <<http://mvs.gov.ua/mvs/article/966821>>
- Statement of participants of Working Group on Settlement of Political Crisis First Deputy Head of Presidential Administration Andriy Portnov and Minister of Justice of Ukraine Olena Lukash on course of negotiations with leaders of opposition parliamentary (25/01/2014) <<http://president.gov.ua/en/news/30008.html>>

Wirtschaftsakteure

Erklärung der SCM-Gruppe von Rinat Achmetow (inoffizielle Übersetzung)

In der letzten Woche kam es zu stärkeren Konfrontationen auf den Straßen, die Menschenleben gekostet haben.

In Anbetracht dieser Situation sind wir verpflichtet, Position zu den Ereignissen zu beziehen: Das Leben der Menschen ist der höchste Wert.

Wir möchten hiermit unser Beileid mit den hinterbliebenen Familienangehörigen zum Ausdruck bringen.

Die Wirtschaft kann nicht schweigen, wenn Menschen sterben, wenn eine reale Gefahr der Spaltung des Landes besteht, wenn eine politische eine komplexe wirtschaftliche Krise herbeiführen kann, was unvermeidlich zu einer Verschlechterung des Lebensstandards führen wird.

Die politische Krise kann nur eine Lösung haben – eine friedliche. Jede Gewaltanwendung, jeder Waffeneinsatz ist unzulässig. In einem solchen Szenario wird es in der Ukraine keine Gewinner geben, sondern nur Opfer und Verlierer. Es ist wichtig zu verstehen, dass Gewaltanwendung zu keiner Lösung führen wird.

Die einzige Lösung besteht darin, von den Konfrontationen auf den Straßen und den Versuchen, diese Konfrontationen zu stoppen, zu konstruktiven Verhandlungen überzugehen, um ein Ergebnis zu erzielen.

Die Verhandlungspartner sollten die Interessen des Landes in den Mittelpunkt stellen. Die Interessen des ganzen Landes! Sie sollten bereit sein, zusammenzuarbeiten und einen Kompromiss zu finden.

Für das Schicksal des ganzen Landes, für das Schicksal jedes ukrainischen Bürgers!

Übersetzung von Ljudmyla Melnyk

Quelle: <<http://www.scm.com.ua/ru/media-centre/news/view/1466/>>

Zur Position Rinat Achmetows siehe auch:

- Official statement of Media Group Ukraine (22/01/2014) <<http://www.scmholding.com/en/media-centre/news/view/1464/>>

Opposition:**Erklärung der Opposition: Janukowytsch und Sachartschenko sind für die Schüsse auf ukrainische Bürger verantwortlich, 22.01.2014 (inoffizielle Übersetzung)**

Die Strafbehörden haben die Grenze überschritten. Die Ermordung friedlicher Demonstranten ist eine Folge der Straflosigkeit der Täter und der Eskalation des Terrors, so die gemeinsame Erklärung von UDAR, Vaterland und Swoboda.

Vier Schusswunden an Kopf und Hals von einem der Toten sind nicht Selbstverteidigung, sondern eine bewusste Erschießung von Zivilisten. Der Innenminister, der blutige Mörder Witalij Sachartschenko, trägt persönlich die direkte Verantwortung für diesen Akt des Terrors, der Diktatur gegen die Bürger.

Nur der sofortige Rückzug der Spezialeinheiten des Innenministeriums von Kiew und der Gruppe der kriminellen »Tituschkis« [bezahlte Provokateure – Anm. d. Red.], die die Bewohner terrorisieren, und der Rücktritt von Sachartschenko, dessen Hände mit dem Blut der ukrainischen Bürger befleckt sind, können die Eskalation des Konflikts in seiner tödlichen Phase stoppen.

Für alles, was jetzt im Land passiert, für das Leben und die Sicherheit aller Bürger und für den Tod der Demonstranten trägt Wiktor Janukowytsch die persönliche Verantwortung. Nach zwei Monaten des Ignorierens der Forderungen der friedlichen Kundgebung bemüht er sich nun, den Protest in seine heiße Phase zu treiben. Nur die bedingungslose und sofortige Erfüllung aller Forderungen der Bevölkerung ist eine Garantie dafür, dass die Situation im Land zu einem friedlichen Verlauf zurückkehrt.

Quelle: <<http://klichko.org/en/news/news/zayava-opozitsiynih-sil-za-rozstril-ukrayinskih-gromadyan-vidpovidayut-yanukovichta-zaharchenko>>

Zivilgesellschaft:

»Wir sind keine Extremisten!«

Offener Brief ukrainischer Wissenschaftler, Künstler, Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer und Journalisten an die Mitbürger und die internationale Gemeinschaft

Januar 2014, Zeitschrift »Krytyka«

In den vergangenen Tagen haben die Proteste der Ukrainer gegen die Politik der ukrainischen Regierung neue Formen angenommen. Die friedlichen Demonstrationen sind in gewalttätige Auseinandersetzungen der Protestierenden mit der Polizei umgeschlagen, bereits sechs Tage dauern im Regierungsviertel im Zentrum von Kiew auf der Hrushevskij-Straße regelrechte Kämpfe zwischen Demonstranten und der Polizei mit Hunderten Verletzten und sogar Toten.

Die Regierung in der Ukraine versucht, für die Situation die Pogrom-Tätigkeit Anhänger rechtsextremer Organisationen, ukrainischer Neofaschisten vor allem aus den westlichen Regionen des Landes verantwortlich zu machen.

Wir sind besonnene Menschen friedlicher Berufe, die verschiedene ethnische Herkunft haben und in verschiedenen Regionen der Ukraine leben. Wir sind nicht Sympathisanten rechtsradikaler Organisationen, von Mitgliedschaft erst gar nicht zu reden. Wir glauben nicht, dass Molotow-Cocktails oder Steinwerfen Instrumente sein können, um seine Werte zu verteidigen.

Gleichwohl erklären wir unsere Solidarität mit denen, die heute gezwungen sind, diese Instrumente zu verwenden.

Wir sind sicher, dass die überwiegende Mehrheit der Demonstranten nicht Mitglied extremistischer Organisationen ist. Weder war der 21-jährige Landwirt aus Dnipropetrovsk Serhij Nihojan, der auf der Hrushevskij-Straße erschossen wurde, Mitglied einer solchen Organisation noch der 52-jährige habilitierte Kandidat der physischen und mathematischen Wissenschaften Jurij Verbytskyj, ein Wissenschaftler und Seismologe aus Lviv, der auf der Hrushevskij-Straße verwundet wurde und von unbekannt Personen aus dem Krankenhaus entführt in einen Wald gebracht wurde, wo er [infolge von Torturen] starb.

Als die Teilnehmer am Protest von beispielloser massenhafter und ebenso beispielloser friedlicher Aktionen zu radikalen Mitteln des Ausdrucks ihrer Haltung übergingen, die die Politik der ukrainischen Regierung bewirkt hat, die bewusst und demonstrativ die Interessen der Bürger vernachlässigt, ignorierte sie ihre Ansichten und setzte Gewalt gegen friedliche Demonstrationen ein. Der Schlusspunkt, der die Kämpfe im Zentrum Kiews auslöste, war die gleichsame Usurpation der gesetzgebenden Gewalt durch die Partei der Regionen. Am 16. Januar verabschiedete sie gegen gesetzlich vorgeschriebene Weise und ohne Stimmauszählung Gesetzesprojekte, die grob die Verfassung und inter-

nationale Standards der Menschenrechte verletzen. Der Präsident nutzte nicht sein Veto, sondern unterzeichnete am nächsten Tag das Gesetz.

Gerade die Regierung der Ukraine radikalisierte durch ihr schnelles Vertun von wenigstens grundlegender Angemessenheit Menschen, die nie zu irgendwelchen Gruppen gehörten. Die Regierung ließ den Protestierenden keine anderen Mittel. Deshalb sind ihre Versuche, die Protestierenden als Extremisten des faschistischen Flügels vorzuführen und die Verschiebung von Verantwortung für die Kampfhandlungen im Zentrum Kiews für die Bildung einer öffentlichen Meinung über die Proteste gegen die Regierung unter den Ukrainern und Bürgern und Politikern anderer Staaten auszunützen nichts anderes als Manipulation und Verfälschung des Widerstands. Und dies geschieht dafür, um eine günstige Nachrichtenlage zu schaffen und die Proteste gewaltsam niederzuschlagen.

Wir bestehen jedoch darauf, dass die weitere militärische Konfrontation zu noch mehr Gewalt führen wird, zu noch mehr Opfern. Um die Eskalation der Gewalt zu stoppen, sollte die Regierung die Spezialeinheiten des Innenministeriums und die Soldaten der Inneren Armee, die nach Kiew gebracht wurden, entfernen, die Strafverfolgung von Demonstranten stoppen und die am 16. Januar verabschiedeten schändlichen Gesetze aufheben. Sie sollte zu wirklichen, nicht nur scheinbaren Verhandlungen mit der Opposition unter der Beteiligung der Zivilgesellschaft übergehen.

Unterzeichnet von:

Jevhen Sacharov, Direktor der Charkiver Gruppe für Menschenrechte

Serhij Zhadan, Schriftsteller, Charkiv

Viktor Puschkar, Sozialpsychologe, habilitierter Psychologe, wissenschaftlicher Leiter des Maidan Monitoring, Kyiv

Oleksander Severyn, Jurist, habilitierter Rechtswissenschaftler, Advokat des Maidan Monitoring, Kyiv

und vielen anderen.

Übers. aus dem Ukrainischen Chr. Weise.

Quelle: <<http://krytyka.com/ua/community/blogs/my-ne-ekstremisty-vidkrytyy-lyst>>

Internationale Reaktionen

Europäische Union:

Erklärung des Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, zu den jüngsten Ereignissen in der Ukraine, Brüssel, 22.01.2014 (inoffizielle Übersetzung)

Wir sind schockiert über die neuesten Nachrichten aus der Ukraine über den Tod von Demonstranten und drücken ihren Familien unsere tiefste Anteilnahme aus. Wir beklagen aufs Schärfste die Anwendung von Gewalt und rufen alle Seiten auf, sie unverzüglich zu unterlassen und Schritte zu ergreifen, die zur Deeskalation beitragen.

Die gesamte Lage hat sich seit einiger Zeit verschlechtert und ich möchte ausdrücklich die grundsätzliche Verantwortung der ukrainischen Behörden unterstreichen, jetzt zu handeln, um die Krise zu entschärfen, sowie insbesondere die Notwendigkeit, mit der Opposition und der Zivilgesellschaft in einen echten Dialog über die Möglichkeiten, diese tiefe Krise zu überwinden, einzutreten.

Wir verfolgen außerdem mit großer Sorge die jüngsten Beschränkungen der Grundfreiheiten einschließlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Freiheit der Medien.

Wir sind wirklich besorgt darüber, wohin diese Entwicklungen die Ukraine führen, und werden sie weiterhin aufmerksam verfolgen sowie mögliche Maßnahmen der EU und deren Folgen für unsere Beziehungen bewerten.

Quelle: <http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-49_en.htm>

Zur Position der EU siehe auch:

- Statement by EU High Representative Catherine Ashton on violence and reported deaths of protesters in Kyiv (22/01/2014) <http://eeas.europa.eu/statements/docs/2014/140122_01_en.pdf>
- Statement by EU High Representative Catherine Ashton on efforts to support a political solution to the crisis in Ukraine (23/01/2014) <http://eeas.europa.eu/statements/docs/2014/140123_03_en.pdf>
- Phone call between President Barroso and President Yanukovych on the situation in Ukraine, Brussels (23/01/2014) <http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/press_corner/all_news/news/2014/2010_01_23_1_en.htm>
- Remarks by President of the European Council Herman Van Rompuy after his meeting with Prime Minister of Poland Donald Tusk (25/01/2014) <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/140790.pdf>
- Statement of Commissioner for Enlargement and European Neighbourhood Policy Štefan Füle after his visit to Kiev (25/01/2014) <http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/fule/headlines/news/2014/01/20140125_en.htm>

Russland:**Auszüge aus der Erklärung der Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation »Über die Verschärfung der Lage in der Ukraine«, 22.01.2014 (inoffizielle Übersetzung)**

Die Abgeordneten der Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation verfolgen mit Besorgnis, wie eine Welle des Bürgerkriegs die brüderliche Ukraine überflutet. Die Aktionen der Protestbewegung werden zunehmend umfassender und aggressiver. Im Wesentlichen gibt es Versuche, die legitime Regierung mit Gewalt zu stürzen. Die nicht genehmigten Kundgebungen, die Besetzung und die Blockade von Verwaltungsgebäuden, Plünderungen und die Zerstörung historischer Denkmäler einschließlich der Denkmäler für die Helden, die während des Großen Vaterländischen Krieges gestorben sind, dauern an.

Die Strafverfolgungsbehörden, die die öffentliche Ordnung gewährleisten, werden durch organisierte Gruppen mit Blankwaffen und brennbarem Gemisch angegriffen. Die Situation im Land destabilisiert sich, es gibt Opfer unter Demonstranten und Polizeibeamten. Es ist bedauerlich, dass all dies von der Opposition, die sich zynisch Stütze der Demokratie nennt, provoziert und ausgenutzt wird.

Verantwortlich für die Verschärfung der Lage in der Ukraine sind neben den Vertretern des extremistischen Teils der Opposition auch die westlichen Politiker, die sich in die inneren Angelegenheiten der souveränen Ukraine grob einmischen und etwa bei einer von der Opposition organisierten Kundgebung auftreten.

Die Staatsduma warnt erneut vor äußerem Druck auf die Ukraine, der ihr die geopolitische Wahl der Partnerschaft mit der Europäischen Union aufdrängt.

(...)

Die Staatsduma fordert ausländische politische Kreise, die sich unter Verletzung des Völkerrechts in die inneren Angelegenheiten der souveränen Ukraine einmischen, dazu auf, die Begünstigung der weiteren Eskalation des Konflikts zu stoppen.

Die Staatsduma appelliert erneut an jene Oppositionskräfte in der Ukraine, die rechtswidrige Handlungen begehen, jede Form von Gewalt zu unterlassen, die gewaltsame Konfrontation unverzüglich zu stoppen, einen konstruktiven Dialog mit der Regierung aufzunehmen und alle der ukrainischen Gesellschaft bevorstehenden Probleme in strikter Übereinstimmung mit der Verfassung und der nationalen Gesetzgebung zu lösen.

Die Staatsduma bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass das ukrainische Volk im Namen einer stabilen Zukunft der unabhängigen Ukraine seine historische Weisheit zeigen wird.

Quelle: <<http://asozd2.duma.gov.ru/main.nsf/%28Spravka%29?OpenAgent&RN=433640-6>>

Zur Position Russlands siehe auch:

- Speech by the Russian Foreign Minister Sergey Lavrov and his answers to questions from the mass media during the press conference summarising the results of the activities of Russian diplomacy, Moscow (21/01/2014) <http://www.mid.ru/bdcomp/brp_4.nsf/e78a48070f128a7b43256999005bcbb3/9eccd0c0f39435f344257c6a003247b2!OpenDocument>

USA:**Erklärung der stellvertretenden Sprecherin Marie Harf zu den Todesfällen während der Straßenkämpfe in der Ukraine, Außenministerium der Vereinigten Staaten, 22.01.2014 (inoffizielle Übersetzung)**

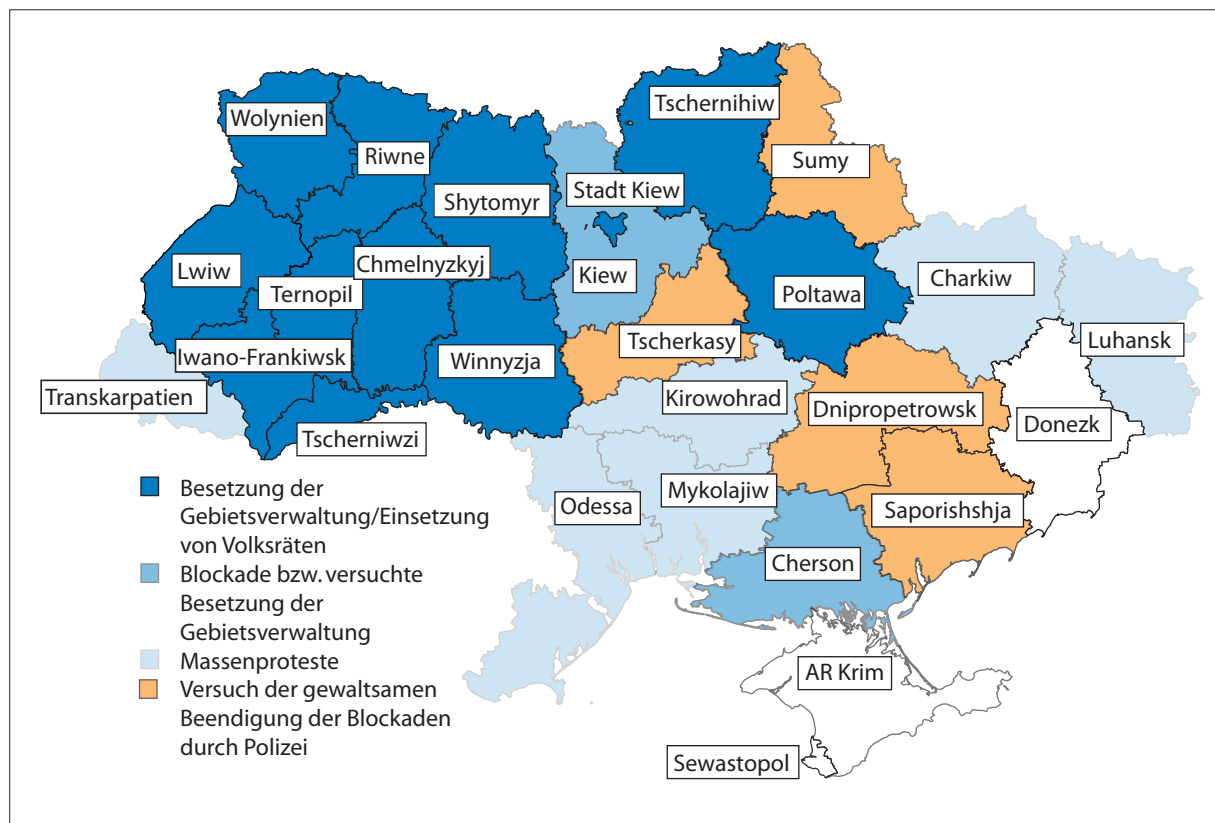
Die Vereinigten Staaten verurteilen nachdrücklich die zunehmende Gewalt auf den Straßen von Kiew, die zu Verletzten und der Erschießung von zwei Demonstranten geführt hat. Wir fordern alle Seiten auf, die Situation unverzüglich zu deeskalieren und Gewaltanwendung zu unterlassen. Die erhöhten Spannungen in der Ukraine sind eine direkte Folge des Scheiterns der ukrainischen Regierung bei dem Versuch, in einen echten Dialog einzutreten, sowie der Verabschiedung von antidemokratischen Gesetzen am 16. Januar. Die aggressiven Aktionen der Mitglieder der rechtsextremen Gruppe Prawyj Sektor sind jedoch nicht akzeptabel, heizen die Lage auf den Straßen an und untergraben die Bemühungen der friedlichen Demonstranten. Wir bedauern ebenfalls die Gewalt der inoffiziellen Gruppen, die als »Tituschki« bekannt sind. Wir verurteilen außerdem die gezielten Angriffe gegen Journalisten und friedliche Demonstranten, auch die Festnahmen. Die Maidan-Bewegung zeichnet sich durch Gewaltlosigkeit aus, die wir stark unterstützen.

Quelle: <<http://ukraine.usembassy.gov/statements/ukraine-deaths.html>>

Zur Position der USA siehe auch:

- Readout of Vice President Biden's Call with Ukrainian President Viktor Yanukovich (23/01/2014) <www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/01/23/readout-vice-president-bidens-call-ukrainian-president-viktor-yanukovich>
- Statement of U.S. Senators John McCain (R-AZ), Chris Murphy (D-CT), Ron Johnson (R-WI) and Jeanne Shaheen (D-NH) (23/01/2014) <<http://www.mccain.senate.gov/public/index.cfm/press-releases?ID=c0f85e20-6f3e-4653-a3f9-a6528618270b>>
- Remarks on Ukraine by Secretary of State John Kerry at the World Economic Forum (24/01/2014) <<http://ukraine.usembassy.gov/statements/kerry-davos.html>>

Grafik 1: Stand der Protestaktionen in der Ukraine am 27.01.2014, 14:00 Uhr



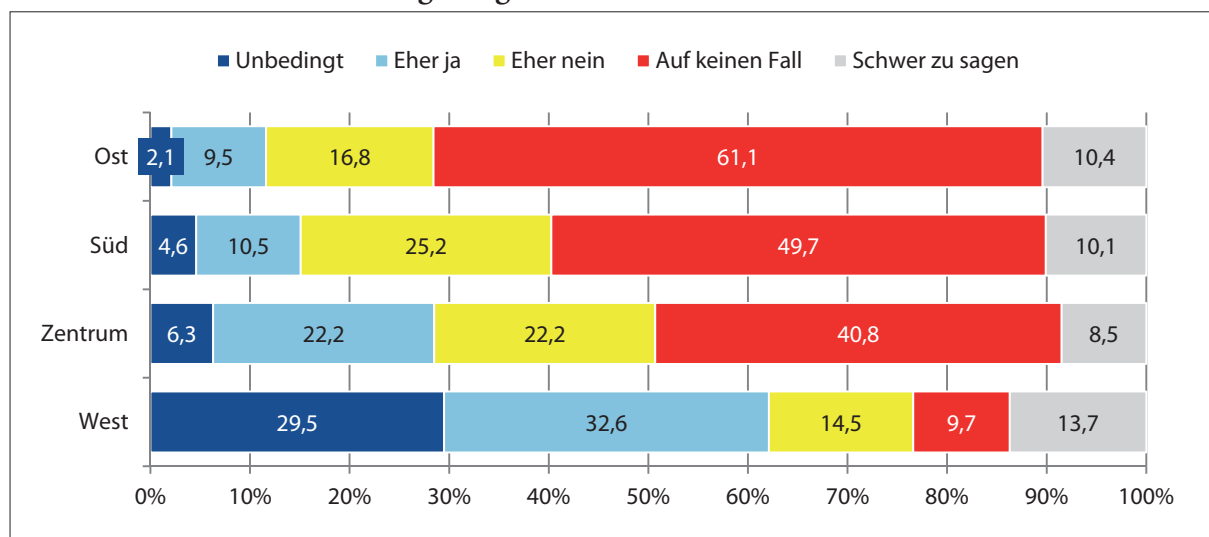
Kartografie: Sebastian Klüsener; Quelle der Daten: Infografik von inspired, <<http://inspired.com.ua/news/euromaidan-map/>>

UMFRAGE

Zwei Monate Proteste in der Ukraine (November–Dezember 2013)

Protest-Stimmung

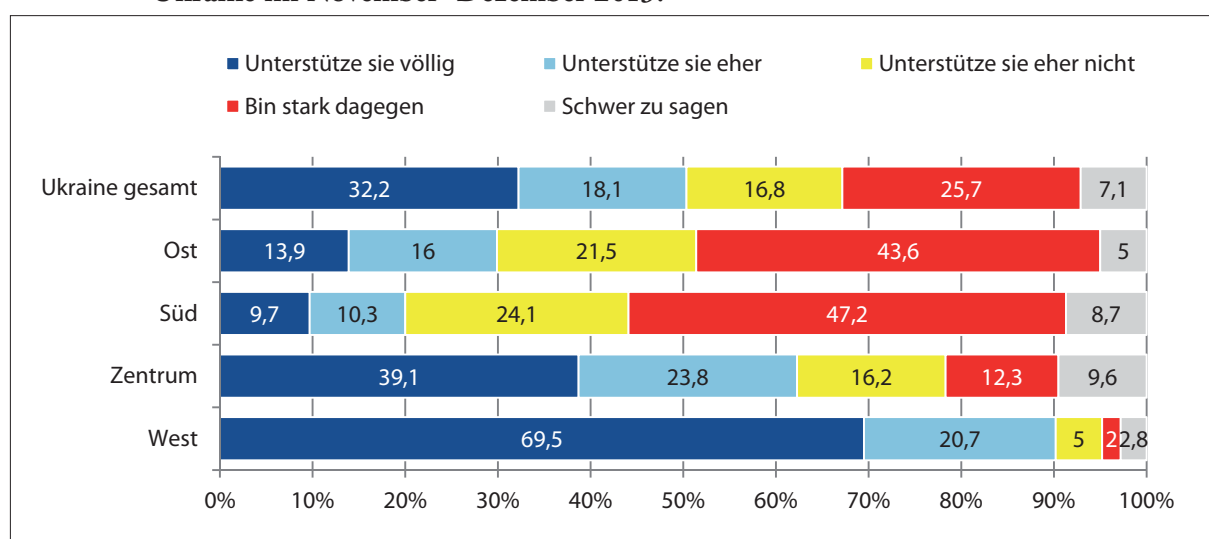
Grafik 1: Würden Sie an Kundgebungen und Demonstrationen teilnehmen?



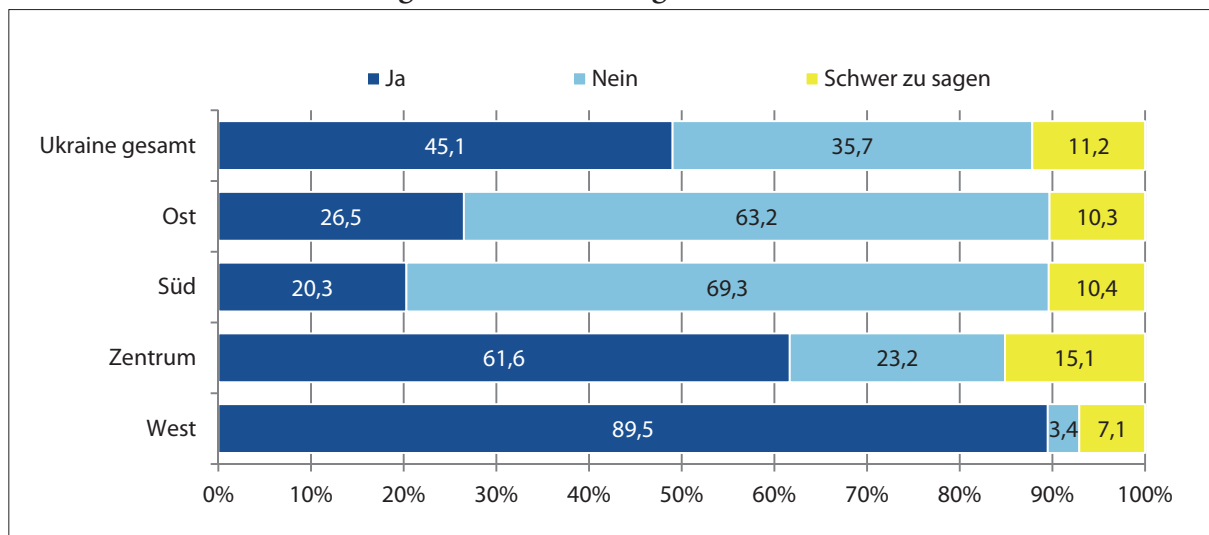
Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 20. bis 24. Dezember 2013. Insgesamt wurden 2010 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine befragt. <http://dif.org.ua/en/publications/press-relizy/dva-misjaci-protestiv--v-ukraini-sho-dali_.htm>

Unterstützung des Euromaidan

Grafik 2: Wie stehen Sie zu den Euromaidans, den Protesten, die auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew stattfinden, und zu den ähnlichen Aktionen in anderen Städten der Ukraine im November–Dezember 2013?

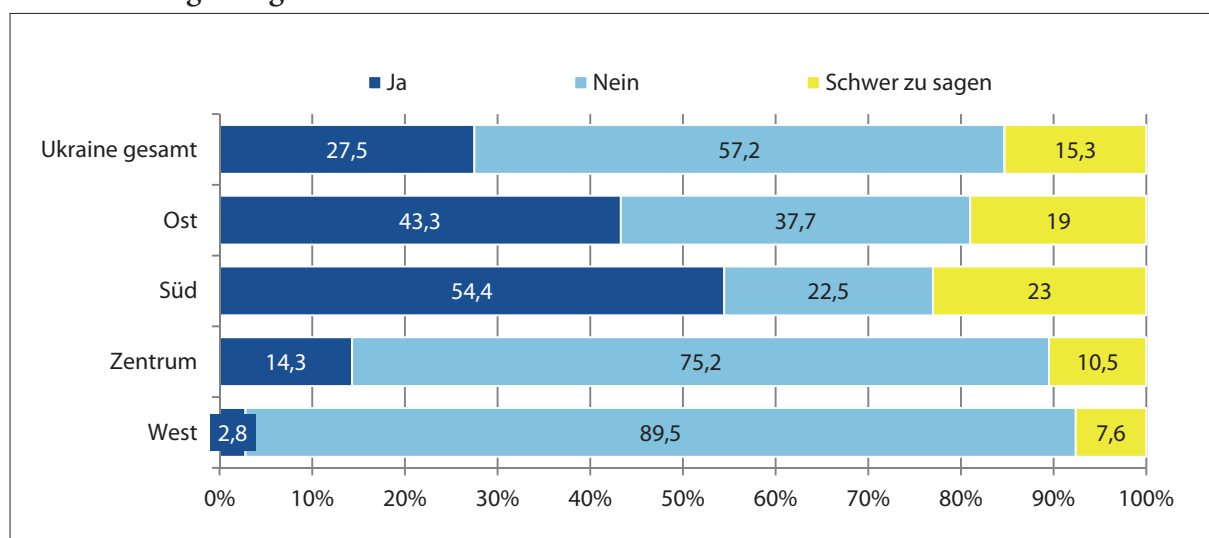


Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 20. bis 24. Dezember 2013. Insgesamt wurden 2010 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine befragt. <http://dif.org.ua/en/publications/press-relizy/dva-misjaci-protestiv--v-ukraini-sho-dali_.htm>

Grafik 3: Unterstützen Sie insgesamt die Forderungen der Protestierenden auf dem Euromaidan?

Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 20. bis 24. Dezember 2013. Insgesamt wurden 2010 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine befragt. <http://dif.org.ua/en/publications/press-relizy/dva-misjaci-protestiv--v-ukraini-sho-dali_.htm>

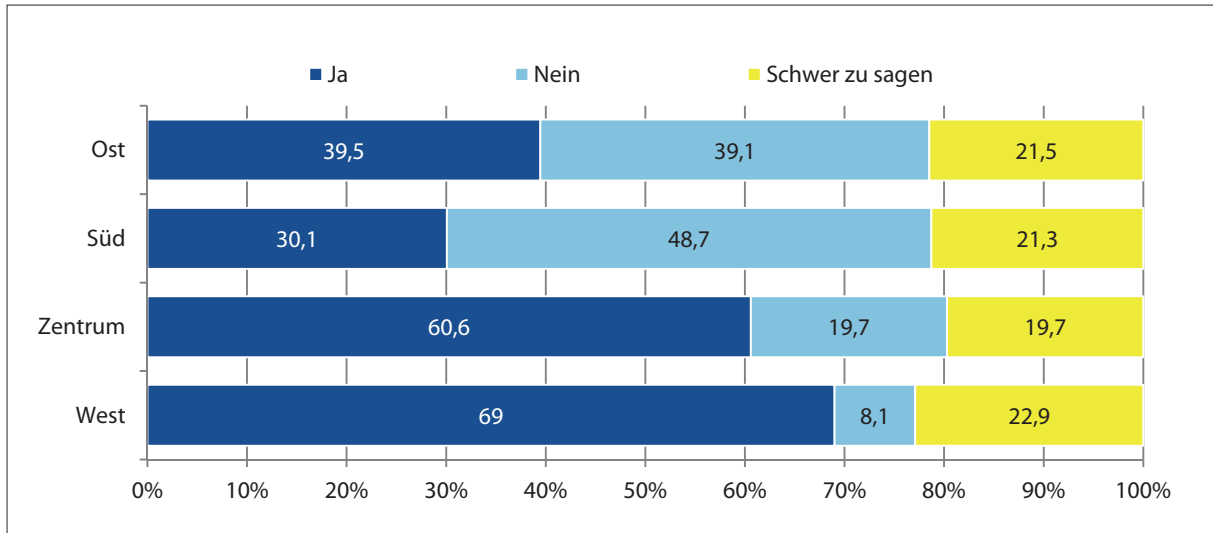
Unterstützung des Antimaidan

Grafik 4: Unterstützen Sie insgesamt die Forderungen der Aktionen zur Unterstützung der Regierung und des Präsidenten?

Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 20. bis 24. Dezember 2013. Insgesamt wurden 2010 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine befragt. <http://dif.org.ua/en/publications/press-relizy/dva-misjaci-protestiv--v-ukraini-sho-dali_.htm>

Gewaltanwendung

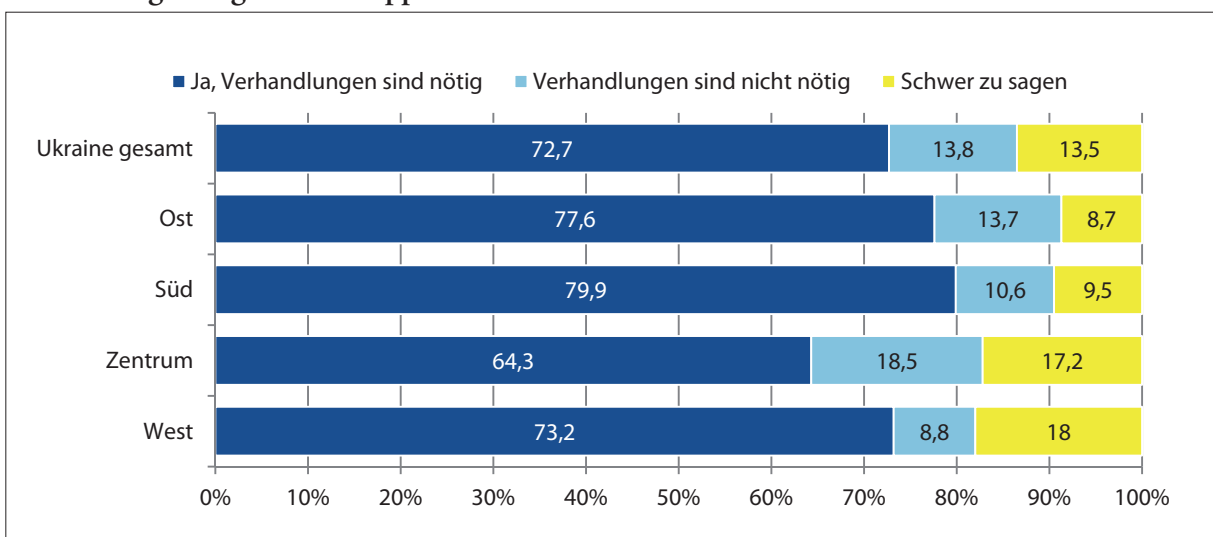
Grafik 5: Denken Sie, dass die politische Repression von der Regierung als Mittel benutzt wird?



Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 20. bis 24. Dezember 2013. Insgesamt wurden 2010 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine befragt. <http://dif.org.ua/en/publications/press-relizy/dva-misjaci-protestiv--v-ukraini-sho-dali_.htm>

Verhandlungen

Grafik 6: Sind Sie mit dem Vorschlag zu Verhandlungen am Runden Tisch zwischen der Regierung und der Opposition einverstanden?



Quelle: Umfrage des Fonds demokratischer Initiativen, zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 20. bis 24. Dezember 2013. Insgesamt wurden 2010 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine befragt. <http://dif.org.ua/en/publications/press-relizy/dva-misjaci-protestiv--v-ukraini-sho-dali_.htm>

Die Reform der Hochschulgesetzgebung in der Ukraine: Stand der Diskussion und Hauptthemen

Von Inna Sovsun, Kiew

Zusammenfassung

Im März 2008 verkündete der Minister Iwan Wakartschuk, dass das neue Hochschulgesetz bis zum 1. Juni entwickelt und dem Parlament vorgelegt werden müsse. Fünf Jahre später ist es noch immer nicht verabschiedet, es lieferte jedoch Anlass für bislang einzigartige Diskussionen, an denen sich Parlamentarier, Regierungsmitglieder, Politikexperten, studentische Gruppen und in geringerem Ausmaß auch Universitätspräsidenten beteiligt haben. Während dieser fünf Jahre andauernden Diskussionen wurden zahlreiche Gesetzentwürfe entwickelt, wobei sich der Schwerpunkt der Diskussionen immer wieder verlagert hat.

Hochschulpolitik im Prozess: Akteure und Ereignisse

Die Diskussion beginnt: 2010/11

Die ersten Anfänge der Diskussion entwickelten sich 2008/09 unter dem Minister Wakartschuk, wurden aber erst von einem kleinen Kreis von Experten wahrgenommen. Eine allgemeine gesellschaftliche Öffentlichkeit konzentrierte sich stattdessen weiterhin auf Diskussionen um das neue Hochschulzulassungsgesetz, das 2008 in Kraft getreten war. Eine neue Hochschulgesetzgebung stand zu diesem Zeitpunkt nicht auf der Agenda. Dennoch führten diese frühen Entwürfe die Idee ein, höhere Bildungseinrichtungen je nach der Anzahl ihrer Studierenden mit unterschiedlichen Attributen zu versehen. Die Einführung dieses Gesetzes hätte dazu geführt, dass die Kiew-Mohyla-Akademie mit ihren 3.000 Studenten den Universitätsstatus verloren hätte, denn eine Universität hätte dann mindestens 10.000 Studierende haben müssen.

Aktive Kritik an politischen Innovationen dieser Art begann jedoch erst 2010 laut zu werden, als der hochumstrittene Dmytro Tabatschnyk zum Erziehungsminister ernannt wurde. Seine Amtseinführung provozierte ein allgemeines Interesse für die Bildungspolitik unter dem Vorzeichen der negativen Voreingenommenheit von der Persönlichkeit des Ministers. So wurden die Mängel des ersten Gesetzentwurfs in hohem Maße Tabatschnyk zugeschrieben, der den Entwurf zwar präsentierte, entwickelt worden war er jedoch hauptsächlich von seinem Vorgänger. In erster Linie richtete sich die Kritik gegen die Studierendenzahlen als Hauptindikator für die Zuerkennung eines gewissen Status, sie war jedoch auch auf andere Punkte ausgelegt.

Expertenkommissionen, bestehend hauptsächlich aus ehemaligen Regierungsmitgliedern, aber auch aus NGO-Mitarbeitern und Angestellten der Nationalen Universität der Kiew-Mohyla-Akademie, lenkten die Aufmerksamkeit auf die mangelnde Garantie der uni-

versitären Autonomie und die fortwährende Führungsrolle des Ministeriums für Erziehung und Wissenschaft in der alltäglichen Arbeit der Universitäten.

Studentische Gruppen starteten eine landesweite Kampagne gegen Verfügungen, die es den Universitäten ermöglichten, Studiengebühren innerhalb eines laufenden Studiums zu erhöhen.

Als die Diskussionen um ein neues Hochschulgesetz anliefen, begannen Politiker sowohl der regierenden als auch der Oppositionspartei, alternative Hochschulgesetzgebungen zu erarbeiten. Ende 2011 wurden dem Parlament drei Entwürfe vorgelegt:

- eine Version des Ministers, die am stärksten konservativ geprägt war
- ein Gesetzentwurf von Jurij Myroschnytschenko, den der sehr demokratisch geprägte Politiker der Partei der Regionen gemeinsam mit der Assoziation der Privatuniversitäten entwickelt hatte
- ein von der Opposition eingereichter Entwurf, den federführend die prowestliche Lilija Hrynewytsch entwickelt hatte, die in den frühen 2000er Jahren für die Einführung der unabhängigen Testverfahren verantwortlich war

Politische Manöver und ein breiteres öffentliches Engagement: 2012/13

Angesichts der heftigen Kritik aus studentischen Gruppen und Expertenkreisen versuchte die Regierung die endgültige Entscheidung hinauszuzögern. Daher rief Ministerpräsident Mykola Asarow im Januar 2012 eine unabhängige Arbeitsgruppe ins Leben, die den Entwurf des Ministeriums »verbessern« sollte. Asarow bat Mychajlo Sgurowsky, den Präsidenten der Kiewer Technischen Universität, die Gruppe zu leiten. Im Januar 2012 nahm die Sgurowsky-Gruppe ihre Arbeit auf. Die Gruppe war – einzigartig für den ukrainischen Politikbetrieb – tatsächlich offen für die Partizipation aller interessierten Parteien und schuf eine offene Plattform zur Diskussion der Zukunft der ukrainischen Hoch-

schulen. De facto wurde die Arbeit hauptsächlich von einigen Vertretern der Technischen Universität und der Kiew-Mohyla-Akademie sowie von etlichen studentischen Gruppen und einigen Experten getan. Viele Universitäten reichten Vorschläge für den Gesetzentwurf ein, beteiligten sich jedoch nicht an Treffen und Diskussionen.

Obwohl die Gruppe vom Ministerpräsidenten persönlich einberufen worden war, legte das Ministerkabinett das von ihr erarbeitete Gesetz dem Parlament nie vor. Die Regierung entwickelte allerdings auch keine Aktivitäten, um den Entwurf des Ministers zu verabschieden, der sich im Vorfeld der Parlamentswahlen vom Oktober 2012 als unpopulär erwies. Die Gesetzgebung sieht vor, dass nicht verabschiedete Gesetzentwürfe von der parlamentarischen Agenda genommen werden müssen, damit stattdessen neue angemeldet werden können. So kam kurz nach den Wahlen das Thema Hochschulreform erneut auf und es wurden erneut drei Entwürfe angemeldet:

- Die Partei der Regionen reichte den Entwurf des Ministers ein.
- Die Opposition ließ den unter Liliya Hrynewytsch entwickelten Entwurf registrieren.
- der Entwurf der »Sgurowsky-Gruppe«

Die verschiedenen Visionen der Hochschulreform

Der vom Ministerium für Erziehung und Wissenschaft offiziell unterstützte Entwurf der Partei der Regionen unterscheidet sich von den anderen beiden Projekten konzeptuell und ideologisch. Er ist sehr konservativ und sieht wenig Veränderungen an den Hochschulen vor, wobei die Veränderungen, die er vorsieht, die Zentralisierung des Hochschulmanagements und die Gelegenheit zur Korruption stärken und bestehende Sozialgarantien schmälern würden. Die beiden anderen Gesetzentwürfe enthalten weitgehendere Verbesserungen in Bezug auf eine Dezentralisierung und Demokratisierung des Universitätssystems. Außerdem sehen sie transparentere Finanzierungsvereinbarungen für die Universitäten vor, auch wenn sich über die Qualität des Finanzierungsmodells streiten lässt.

Der Entwurf der Regierung bzw. der Partei der Regionen wurde öffentlich am stärksten dafür kritisiert, dass das von ihm vorgeschlagene Zulassungsverfahren eine Rückkehr zur Korruption bewirken würde. Seit 2008 wird die Zulassung zu Universitäten fast ausschließlich über korruptionsfreie unabhängige Tests geregelt. Die Erhaltung dieses Systems gilt weithin als einziger Mechanismus zur Bekämpfung der Korruption. Dennoch schlägt der Entwurf der Partei der Regionen vor, dass Studenten, die sich für gebührenpflichtige Pro-

gramme bewerben (etwa 40 Prozent der Studierenden), ohne Bestehen der Tests über in den Universitäten stattfindende Prüfungen zugelassen werden können (wie es früher der Fall war).

Die Untersuchung der Entwürfe zeigt allerdings, dass es zwischen den drei Ansätzen noch wesentlich mehr Unterschiede gibt.

Studierende und Professoren: unterschiedliche Strategien und Ergebnisse

Die Forderungen der Studierenden haben sich im Lauf ihrer Proteste gegen die verschiedenen Versionen des Hochschulgesetzes verändert. 2010/11 organisierten studentische Gruppen Kampagnen gegen jenen Passus, der es den Universitäten erlaubt hätte, die Höhe der Studiengebühren innerhalb eines laufenden Studiums zu ändern. Die aktuelle Gesetzgebung sieht vor, dass die Gebühren zum Zeitpunkt der Aufnahme des Studenten an die Universität festgelegt werden (bei Aufnahme in ein gebührenpflichtiges Programm) und dann nicht mehr als die Inflationsrate erhöht werden können. Da 2010 40 Prozent der Studierenden an ukrainischen Universitäten gebührenpflichtig studierten (die restlichen 60 Prozent kostenfrei), betraf diese Veränderung einen hohen Anteil der Studierendenschaft.

Als Ergebnis der massiven Kampagne, die mit Straßenrallyes, Offenen Briefen und Medienevents agierte, wurde der entsprechende Passus aus dem Gesetzentwurf des Ministeriums gestrichen. Zwischenzeitlich hatten die studentischen Gruppen allerdings einige neue Forderungen entwickelt. Vor allem sollte abgesichert werden, dass die öffentlich geförderten Studierenden ein Stipendium erhalten, das über dem Existenzminimum liegt. Umfangreiche Kampagnen führten zu einer Anerkennung dieser Forderung im öffentlichen Diskurs, die letztendlich in alle drei Gesetzentwürfe aufgenommen wurde.

Im Unterschied zu den studentischen Gruppen, die in regelmäßigen Protesten ihren Positionen Gehör verschafften, schwiegen die Angestellten der Universitäten innerhalb dieser Diskussionen größtenteils. Weder einzelne Universitäten noch die nationale Gewerkschaft äußerten sich jemals, um die Rechte der Universitätsangestellten in dem neuen Gesetz zu sichern. Das bedeutet nicht, dass das akademische Personal keine Probleme hätte. Vielmehr ist die stagnierende soziale und wirtschaftliche Lage der Professorenschaft ein Hauptgrund für Korruption und die abnehmende Qualität der Lehre. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage des Center for Society Research belegt, dass sich die Universitätsangestellten hinsichtlich ihres Gehalts und ihrer akademischen Freiheiten unterdrückt fühlen. Lehrertätigkeit ist an ukrainischen Universitäten stark unterbezahlt (43

Prozent der Befragten gaben an, dass ihr monatliches Einkommen unter 300 Euro liegt) und gleichzeitig sehr arbeitsintensiv (ein durchschnittlicher Angestellter der Universität unterrichtet 16 Stunden pro Woche), was jegliche Forschungstätigkeiten unmöglich macht, die Qualität der Lehre verschlechtert und der Korruption weite Felder eröffnet.

Obwohl die Arbeitsbedingungen der Universitätsangestellten entscheidend für die Qualität der Lehre sind, wurden sie nicht Gegenstand der Diskussion. Die Entwürfe des Ministers und der Sgurowsky-Gruppe wollen sogar die Obergrenze der Arbeitsbelastung abschaffen (die momentan bei 900 Unterrichtsstunden jährlich liegt). Nur der Gesetzentwurf der Opposition schlägt eine Regulierung dieses Bereichs im Rahmen einer Absenkung der Obergrenze auf 600 Unterrichtsstunden jährlich vor.

Sehr typisch für die ukrainische Politik ist die Art und Weise, wie die Arbeitsbelastung der Professoren kurz nach dem skandalösen Vorschlag des Präsidenten in dessen jährlichem Arbeitsplans 2013 kurzzeitige Prominenz erlangte: Darin schlug er vor, die Anzahl der Studierenden pro Professor von elf auf 18 zu erhöhen. Das hätte zu Massenentlassungen und einer noch höheren Arbeitsbelastung des verbleibenden akademischen Personals geführt. Für den Moment wurde die Initiative ausgesetzt; wegen fehlender Finanzen ist jedoch davon auszugehen, dass das Thema wieder aktuell werden wird.

Ein weiterer in der Diskussion weitgehend vernachlässigter Punkt ist der Zusammenhang zwischen der Arbeitsbelastung von Professoren und Studierenden. Denn ähnlich wie bei den Professoren ist auch bei den Studierenden die Anzahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden sehr hoch. Es gibt hierüber keine exakten statistischen Daten, eine allgemeine Betrachtung zeigt aber, dass die Studierenden zehn bis 15 Kurse pro Semester belegen, von denen viele verpflichtend sind (für alle Studierenden der Universität unabhängig von ihren Studienfächern). Unter dieser Arbeitsbelastung leidet das Konzentrationsvermögen und die Studierenden klagen häufig, sie fühlten sich zwischen zu vielen gleichzeitig stattfindenden Kursen hin- und hergerissen. Dieses Problem, das doch den Kern des Studienprozesses berührt, behandelt keiner der Gesetzentwürfe

Universitäre Autonomie

Während der Komplex Rechte der Universitätsangestellten in der Reformdebatte meist fehlt, ist die universitäre Autonomie zu einem von allen Seiten verwendeten Schlagwort geworden. Die Ukraine hat ein hochgradig zentralisiertes System der Leitung von Universitäten geerbt, das in der Unabhängigkeitsperiode nicht in Frage gestellt wurde. Die Universitäten verblieben unter

staatlicher Kontrolle, obwohl dieser sich aus finanziellen Verpflichtungen zurückzog (2012 waren nur 67 Prozent der universitären Mittel öffentliche Gelder). Dementsprechend ist die Erhöhung der universitären Autonomie eine der Hauptforderungen, die an das neue Gesetz gestellt werden.

Das zurzeit gültige Hochschulgesetz erwähnt weder die akademische Freiheit noch das Recht der Universitäten, Abschlüsse zu verleihen oder Abschlüsse anzuerkennen, die im Ausland erworben wurden. Der Staat entwickelt verpflichtende Standards für die Lehre, aus denen verpflichtende Kurse resultieren, die von allen Studierenden unabhängig von ihren Studienfächern belegt werden müssen. Universitäten in der Ukraine dürfen keine eigenen Bankkonten haben; sie werden über einen hochgradig aufgegliederten Haushalt verwaltet, den das Ministerium für Erziehung und Wissenschaft bewilligt. Der Staat verleiht auch die akademischen Grade »Candidate of Science« und »Doctor of Science«, obwohl Dissertationen in wissenschaftlichen Gremien an Universitäten oder Instituten der »National Academy of Sciences« vorbereitet und verteidigt werden.

Alle drei beim Parlament registrierten Gesetzentwürfe sehen eine höhere finanzielle Autonomie der Universitäten vor. Derzeit muss das Ministerium den Haushalt jeder einzelnen Universität bewilligen. Darüber hinaus kann es nicht nur über die Verwendung der öffentlichen Gelder durch die Universität bestimmen, sondern auch über den Einsatz der aus Studiengebühren und anderen Quellen eingenommenen Mittel. Wegen des hohen Korruptionsniveaus in allen Bereichen des Hochschulwesens gelingt es den Universitäten in der Praxis aber dennoch, Gelder zu missbrauchen – trotz strenger Ausgabenkontrollen durch verschiedene lokale und nationale Behörden. Das beweist, dass durch strenge Kontrollen keine effizienteren Ausgaben erzwungen werden können. Sie sorgen aber in jedem Fall für mehr Verwaltungsarbeit an den Universitäten, um sämtliche Anforderungen erfüllen zu können.

In Bezug auf andere Arten der Autonomie vertreten die Entwürfe unterschiedliche Ansätze. Diejenigen von Opposition und »Sgurowsky-Gruppe« sehen, anders als der Entwurf der Partei der Regionen, eine höhere akademische und institutionelle Autonomie vor. Beide wollen neue, vom Ministerium für Erziehung und Wissenschaft unabhängige Institutionen schaffen, die für die Entwicklung von Bildungsstandards verantwortlich sein sollen. Gleichzeitig kann man behaupten, dass auch die fortschrittlichsten Entwürfe ein starkes sowjetisches Erbe in sich tragen. So sieht der Oppositionsentwurf, der doch für größere Autonomie plädiert, vor, dass zu den Erziehungsstandards eine Liste verpflichtender Kurse gehören soll, die auf nationaler Ebene bewilligt wird.

Neues Finanzierungsmodell

Das System der Finanzverteilung an die ukrainischen Hochschulen hat sich seit der Sowjetzeit nicht sehr verändert. Der größte Teil des Geldes ist an einen »Staatsvertrag« gebunden, der Studienplätze an speziellen Universitäten finanziert, die diesen jeweils zugewiesen wurden. Die Idee des Staatsvertrags gründet auf dem Prinzip der Planung von Arbeit. Die Regierung sammelt in den Regionen sehr detaillierte Informationen über den Bedarf an Spezialisten, gleicht ihn mit staatlichen Prioritäten ab und entwickelt dann den allgemeinen »Vertrag«, der sehr detaillierte Informationen über die Anzahl von Spezialisten enthält, die ausgebildet werden müssen, um die Liste der benötigten Berufe abzudecken. Die Universität kann aus den Geldern des Staatsvertrags nur die Anzahl von Studienplätzen finanzieren und die Anzahl von Studierenden zulassen, die er vorschreibt. Sie kann jedoch weitere Studierende zulassen, die Gebühren zahlen, solange diese nicht mehr als 49 Prozent der gesamten Studierendenschaft ausmachen.

Das System des Staatsvertrags steht wegen mangelnder Transparenz und mangelnder Rechenschaftspflicht bei der Zuteilung der Studienplätze an die verschiedenen Universitäten weithin in der Kritik. Es gilt als anfällig für Korruption und Vetternwirtschaft. Daher herrscht ein starker Konsens darüber, dass das Finanzierungsmodell verändert werden muss. Es stellt sich also die Frage nach einem alternativen Modell, das es ersetzen könnte.

Während die Partei der Regionen das momentane Finanzierungsmodell beibehalten möchte, schlagen die beiden alternativen Gesetzentwürfe neue Modelle vor, die auf der Idee basieren, dass »das Geld dem Student folgt«. Desillusioniert von der strengen staatlichen Finanzkontrolle, plädieren sie dafür, dass in Zukunft der »Kunde« (in diesem Fall die Studierenden) entscheidet, wohin das Geld fließt. Ein so radikaler Wandel vom Staat zum Markt zeigt sich nicht nur in der Bildungspolitik, sondern auch in anderen Bereichen. »Der Markt«, meist als Synonym von »westlich« verstanden, wird oft als einzig gangbarer Weg gesehen. Entsprechend wird Kritik an marktbasierter Ansätzen oft mit antiwest-

lich gleichgesetzt. Entsprechend wird das für die Hochschulen vorgeschlagene kundenbasierte Finanzverteilungsmodell selten kritisiert, weder theoretisch noch praktisch. Dabei sind seine Hauptprobleme ziemlich offensichtlich. Zunächst ist es unmöglich, die Studienkosten eines Studenten zu kalkulieren. Außerdem tendieren die Studierenden dazu, sich für beliebte Fächer (wie Recht und Wirtschaft) einzuschreiben, was ohne Zweifel zu einem stark verzerrten Arbeitsmarkt führen würde. Diese Probleme werden in den momentanen Auseinandersetzungen jedoch meist ignoriert.

Fazit

Im Frühjahr 2013 hat die Opposition verkündet, dass sie den Gesetzentwurf der Sgurowsky-Gruppe unterstützt. Bis zum jetzigen Zeitpunkt, November 2013, wurde der Gesetzentwurf im Parlament jedoch noch nicht einmal diskutiert und die Aussichten dafür sind momentan eher vage. Angesichts des derzeitigen Fokus auf europäischer Integration und anderen politischen Themen wird die Bildungsreform vermutlich eher aufgeschoben.

Das bedeutet gewiss die Chance zu weiterer Verbesserung und einer Erneuerung der Diskussion. Je länger die Auseinandersetzung um das Gesetz allerdings andauert, desto stärker hat es den Anschein, dass ein Gesetz das System nur sehr wenig verändern könnte. Die meisten Probleme an den ukrainischen Universitäten gründen so tief in Alltagspraxen, dass sie nicht einfach per Gesetz geändert werden können. Die hohe Toleranz gegenüber Plagiaten, Korruption und minderer Qualität in Forschung und Lehre muss in den Universitäten selbst in Frage gestellt werden. Das Gesetz kann höhere Strafen für Plagiate einführen, aber kann es die Professoren dazu bewegen, Plagiate in den Arbeiten ihrer Kollegen öffentlich zu thematisieren? Das Gesetz kann ein neues Modell der Qualitätsprüfung entwickeln, aber wer wird es anwenden? Höhere Bildungsqualität kann nur über eine echte Bewegung für einen Wandel aus der akademischen Gemeinde selbst heraus erreicht werden. Im Augenblick verharrt die Universität jedoch bewegungslos.

Über die Autorin:

Inna Sovsun ist Direktorin des Think Tanks Center for Society Research und Senior Lecturer an der Nationalen Universität der Kiew-Mohyla-Akademie. Sie leitet Forschungen zur Bildungspolitik in der Ukraine und zur Rolle von globalen Trends in diesem Zusammenhang.

Quo vadis? Das erfolgreiche unabhängige Zentralabitur am Scheideweg

Von Eduard Klein, Bremen

Zusammenfassung

Unter Präsident Juschtschenko wurde 2008 das ukrainische Hochschulzugangsverfahren grundlegend reformiert. Die korruptionsanfälligen Aufnahmeprüfungen an den Universitäten wurden durch ein unabhängiges Zentralabitur am Ende der 11. Klasse ersetzt. Die bis dahin allgegenwärtige Korruption im Auswahlprozess wurde so innerhalb kürzester Zeit effektiv bekämpft. Sowohl die Bevölkerung als auch Bildungsexperten bewerten das Examen als die bisher erfolgreichste Bildungsreform seit der Unabhängigkeit. Nach dem politischen Machtwechsel 2010 wurde das Examen allerdings schrittweise wieder zurückgedrängt und neue Schlupflöcher für informelle Praktiken wurden geschaffen. Die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Hochschulreform entscheidet nicht nur über die Ausrichtung der ukrainischen Hochschulpolitik, sondern auch über die weitere Zukunft des Zentralabiturs.

Die Korruptionsproblematik im ukrainischen Hochschulsystem

Mit der Unabhängigkeit der Ukraine ging nach 1991 ein tiefgreifender Reformbedarf des Hochschulsystems einher – drängende Aufgabe war die Anpassung an die neuen Bedingungen von Marktwirtschaft, Demokratie und globaler Wissensgesellschaft. Das Land befand sich allerdings über weite Strecken der 1990er Jahre in einer wirtschaftlichen Krisensituation, die dringend notwendige Reformen verhinderte. Stattdessen musste der Bildungsetat Kürzungen von bis zu 400% hinnehmen. Darunter litten allen voran die Lehrkräfte, deren Gehälter nicht einmal zur Existenzsicherung reichten und die nicht selten für längere Zeiträume gar nicht ausgezahlt wurden. Gleichzeitig stiegen die Studierendenzahlen stark an und das Studium geriet immer mehr zur sozialen Norm. Um den Hochschulbetrieb in dieser Situation überhaupt zu ermöglichen, entwickelten die Hochschulen formelle Strategien und erhoben z. B. Studiengebühren, setzten aber gleichzeitig auch auf informelle Lösungen und forderten zunehmend Bestechungszahlungen und Dienstleistungen von den Studierenden ein. Korruption gehörte bald an vielen Hochschulen zum Studienalltag und wurde als Notwendigkeit oder gar Normalität betrachtet. In Umfragen wird das Bildungswesen regelmäßig als einer der am meisten von Korruption betroffenen Bereiche des Landes genannt. Laut aktueller Studien hat rund ein Drittel aller Studierenden persönlich Erfahrungen mit Korruption während des Studiums gemacht.

Korruption tritt nicht nur im administrativen Bereich auf, sondern auch bei der Hochschulzulassung und im Studienverlauf bzw. nach dem Studium: Studierende bezahlen Geld für bessere Prüfungsnoten oder gar Diplome. Um an einer prestigeträchtigen Hochschule einen »kostenlosen« Studienplatz zu erhalten, wurden im letzten Jahrzehnt an einigen Universitäten Bestechungssummen von bis zu 10.000€ pro Student gezahlt, die

jährlich aufgewendeten informellen Zahlungen summierten sich nach Schätzungen auf bis zu 130 Mio. €. An vielen Hochschulen existierten sogenannte »Rektorenlisten«, auf die man durch Beziehungen oder Bestechung gelangte und dank derer man garantiert an der Hochschule zugelassen wurde. In einem bekannten Fall wurden 2006 an einer Kiewer Universität von 120 Studienplätzen 96 bereits im Voraus über die Listenplätze vergeben. Bewerber aus einkommensschwachen Haushalten oder ländlichen Gebieten ohne Beziehungen zur Hochschuladministration hatten durch dieses systematisch intransparente System kaum Chancen, einen Studienplatz an einer guten Universität zu erlangen.

Einführung der Unabhängigen Externen Prüfung und erste Erfolge

Etwa mit der Jahrtausendwende begann die Ukraine, wie viele andere postsowjetische Länder, den Hochschulzugang neu zu regeln. Dies war auch deshalb notwendig, um die Studienplatzvergabe für die in einer Dekade um das Zweieinhalbfache gestiegenen Studierendenzahlen effektiver zu gestalten – fast alle Schulabgänger nahmen mittlerweile ein Studium auf. In der Ukraine ging die Initiative allerdings nicht vom Staat aus, sondern die International Renaissance Foundation (IRF), die zum Open Society Netzwerk von George Soros gehört, begann ab 1999 gegen Korruption bei der Studienplatzvergabe vorzugehen. IRF entwickelte ein neues Auswahlverfahren, das ähnlich dem deutschen Abitur am Ende der Schulzeit absolviert wird, gleichzeitig als Hochschulzulassung dient und so die Auswahlprüfungen an den Hochschulen überflüssig macht. Anfangs akzeptierte nur eine Handvoll progressiver, sich an westlichen Standards orientierender Hochschulen das neue Zulassungsverfahren. Der Großteil der ukrainischen Universitäten sprach sich dagegen aus, da sie auf informelle Einnahmen nicht verzichten wollten.

Nach der Orangen Revolution befürworteten sowohl der neue Präsident Viktor Juschtschenko als insbesondere auch Bildungsminister Iwan Wakartschuk das neue Prüfungssystem und sie setzten sich mit ihrer Forderung nach einem landesweiten Verfahren gegen die Rektoren durch. 2005 wurde das Ukrainische Zentrum zur Evaluation der Bildungsqualität (UCEQA) gegründet und löste die Renaissance-Stiftung bei der Durchführung der Examen ab. Durch einen Präsidentenerlass wurde die Unabhängige Externe Prüfung (in der Ukraine als ZNO bekannt) schließlich 2008 landesweit als alleiniges Hochschulzulassungskriterium eingeführt. Die Abiturienten bewarben sich von nun an mit den Testergebnissen an bis zu fünf Universitäten und diese nahmen die Bewerber mit den besten Abschlüssen auf.

Tatsächlich zeigte sich bereits kurz nach der Einführung, dass die Korruption signifikant zurückging: In Umfragen des renommierten Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie berichtete 2007 vor der Einführung noch jeder fünfte Abiturient von persönlichen Erfahrungen mit Korruption während des Auswahlprozesses – nach der landesweiten Einführung 2008 nur noch jeder zwanzigste Abiturient. Berücksichtigt man nur die ZNO-Prüfung (ohne den anschließenden Immatrikulationsprozess, bei dem es teilweise weiterhin zu Unregelmäßigkeiten kommt), machte 2008 lediglich 1 % der Abiturienten Korruptionserfahrungen während ihrer Prüfung. Ein weiterer Indikator dafür, dass die Korruption gesunken ist, ist der Anteil von Studierenden aus ländlichen Regionen, der insbesondere an den prestigeträchtigen Hochschulen in den Universitätszentren des Landes stark anstieg. Unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen wie OPORA oder das Wählerkomitee der Ukraine, die ansonsten Wahlbeobachtungsfunktionen im Land wahrnehmen, erstellen jährliche Monitoringberichte auf Grundlage der Erfahrungen ihrer entsendeten Beobachter. Diese protokollieren in der Regel einige Verfahrensprobleme, stellen aber grundsätzlich kaum Verstöße im Zusammenhang mit Korruption fest.

Das Examen in den Augen der Bevölkerung

Auch wenn es vor allem in den ersten Jahren einige Probleme wie z. B. fehlerhafte Tests gab, ist das ZNO ein in der Ukraine bis heute einmaliger Erfolg, weder Antikorruptionskampagnen noch andere tiefgreifende Bildungsreformen waren derart erfolgreich. Dieser Erfolg wirkt sich auch positiv auf die Einstellung der Bevölkerung aus, und das in einem Land, in dem Reformen meist mit einer gewissen Skepsis begegnet wird und in dem das Bildungswesen insgesamt nach wie vor oft als korrupt empfunden wird. Das ZNO schneidet in der öffentlichen Meinung sehr gut ab: Umfragen der renommierten

Stiftung Demokratische Initiative zeigen ein hohes Vertrauen in das Testverfahren und belegen den Rückhalt in der Bevölkerung: 2013 befürworteten 53,4 % der Gesamtbevölkerung die Reform, während nur 24,9 % sich dagegen aussprachen. In den direkt betroffenen Zielgruppen (Eltern, Abiturienten, Studierende) ist die Zustimmung mit 65 % sogar noch höher, während 24 % sich dagegen aussprechen. Über die Hälfte (57,5 %) der Zielgruppe ist der Meinung, dass durch das ZNO die Korruption im Hochschulzulassungsprozess gesenkt wurde, ein gutes Viertel (27,7 %) sieht das nicht so.

Aussagekräftig sind auch die Antworten auf die Frage, wo es am ehesten zu Korruption kommt: Abiturprüfungen an den Schulen, unabhängiges ZNO oder Aufnahmeprüfungen der Universitäten. Fast drei Viertel der Zielgruppe sind der Ansicht, dass es die meiste Korruption bei universitären Aufnahmetests gibt, knapp die Hälfte meint, dass Korruption eher während der Abiturprüfungen auftritt, und etwa ein Viertel glaubt, dass es während des ZNO zu Korruption kommt. Das unabhängige Examen wird also als der am wenigsten von Korruption befallene Auswahlmechanismus empfunden. Auch mit der Durchführung des Examens, die in anderen postsowjetischen Ländern wie z. B. Russland große Probleme bereitet, zeigen sich zwei Drittel der ukrainischen Zielgruppe zufrieden.

Die Degradierung des ZNO unter Tabatschnyk

Mit Präsident Wiktor Janukowytsch und dem von ihm ernannten Bildungsminister Dmytro Tabatschnyk gelangten 2010 zwei erklärte Gegner des Examens an die Macht. Obwohl die Einführung des ZNO sich als großer Erfolg erwiesen hatte und sie großen Zuspruch in der Bevölkerung genoss, wurde das Examen unter dem neuen Minister sukzessiv wieder zurückgefahren. Der langjährige UCEQA-Direktor Ihor Likartschuk wurde Anfang 2011 entlassen – offiziell aufgrund von Problemen bei der Administration der Tests; inoffiziell hieß es, er habe dem Drängen einiger hochrangiger Personen nicht nachgeben und deren Sprösslingen gute Testergebnisse ausstellen wollen. Um mehr Kontrolle über das UCEQA zu erhalten, ersetzte das Ministerium ihn durch eine weniger kritische Nachfolgerin aus den eigenen Reihen – Iryna Saizewa, die sich zuvor als Vizebildungsministerin unter Tabatschnyk als ZNO-Gegnerin profiliert hat.

Zu weitaus größeren negativen Auswirkungen führte jedoch die Tatsache, dass die Zulassungskriterien verändert und zahlreiche Schlupflöcher für informelle Einflussnahme geschaffen wurden. Neben der ZNO-Note, die sich aus drei Prüfungsfächern mit jeweils bis zu 200 Punkten zusammensetzt, wird nun auch die durch-

schnittliche Schulabschlussnote mit ebenfalls bis zu 200 Punkten berücksichtigt. Kurz nachdem Tabatschnyk diese Novelle bekanntgab, wurde ein Anstieg beim Kauf von Zeugnisheften in Höhe von 30–40% verzeichnet. Dieser lässt darauf schließen, dass Zeugnisse gegen eine entsprechende Bestechung verbessert wurden. Das lässt sich auch in Zahlen belegen: Der Anteil der »Medaillisten«, so werden die besten Abiturienten genannt, hat sich seither mehr als verdoppelt: Gab es 2009 noch 4,6% Medaillisten, stieg ihr Anteil bis 2011 auf 8,1% und in einigen Regionen sogar auf 14%. Allein durch bessere schulische Leistungen ist ein solcher Anstieg innerhalb dieser kurzen Zeit nicht zu erklären – durch Bestechungsleistungen jedoch schon. Laut ukrainischen Medienberichten kann man Schulnoten für 300–500€ umschreiben lassen und somit die Chancen auf einen Studienplatz wesentlich verbessern.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, an den Schulolympiaden teilzunehmen, die als Bonus bei der Bewerberauswahl zählen. Ursprünglich erhielten die Sieger der Olympiaden das Privileg, sich unabhängig von ihrem ZNO-Ergebnis an jeder beliebigen Hochschule einschreiben zu können. Das führte jedoch zu viel Unmut, da in einigen beliebten Studiengängen nur noch Olympiadengewinner studierten und selbst die besten ZNO-Absolventen keine Möglichkeit besaßen, in diesen Fächern zu studieren. Zudem gelten die Olympiaden als korrupt, insbesondere seit die Tochter des Vize-Bildungsministers 2011 gleich zwei Olympiaden gewann, bis dato eine einmalige »Leistung«. 2012 wurde dieses Privileg abgeschafft und seither erhalten Erstplatzierte 50 zusätzliche Punkte, Zweitplatzierte 40 und Drittplatzierte 30, also immer noch einen Bonus, der allerdings nicht mehr so gewichtig ausfällt.

Einen weiteren Mechanismus stellt die Gewährung von Privilegien an ausgewählte Gruppen dar. In weiten Teilen des Landes stieß das populistische Vorgehen Janukowytchs im Frühjahr 2012, Kinder von Schachtarbeitern ohne Berücksichtigung ihrer ZNO- oder Schulnoten bevorzugt zu Universitäten zuzulassen, auf Kritik. Der Präsident zielte mit dieser Kampagne darauf ab, sich für die bevorstehenden Parlamentswahlen Stimmen im bevölkerungsreichen Osten des Landes zu sichern. Andere Gruppen, wie z. B. Invaliden, Waisen, Kinder von Tschernobyl-Opfern oder Armeeingehörigen, werden ebenfalls bevorzugt behandelt. Bescheinigungen über einen solchen Status können allerdings für 1.500–2.000€ relativ einfach illegal gekauft werden – ein plötzlicher Anstieg von Studierenden mit Waisen-/Invalidenstatus etc. an den Hochschulen war die Folge.

Obwohl diese und einige weitere Maßnahmen des Bildungsministeriums zu einem Rollback geführt und der Korruption wieder Tür und Tor geöffnet haben,

wirbt der Minister selbst in der Öffentlichkeit gerne mit dem Erfolg seiner Politik. Auf einer Pressekonferenz Ende Juli 2013 sagte er, es sei sein Verdienst, dass Korruption bei der Vergabe von Studienplätzen endgültig besiegt sei. Dabei war nur wenige Tage zuvor der Rektor der renommierten Nationalen Universität für Steuerwesen, Petro Melnyk, auf frischer Tat ertappt worden, als er von zwei Eltern Bestechungsgelder in Höhe von umgerechnet 4.000€ und 8.000€ annahm, um deren Kinder an seiner Universität zuzulassen. Da innerhalb kürzester Zeit sechs weitere Korruptionsskandale bekannt wurden, forderte die Opposition abermals die Absetzung des Ministers. Dieser habe die Korruption entweder nicht unter Kontrolle oder stehe gar selbst an der »Spitze der Korruptionspyramide«, so der Vorwurf.

Zukunftsperspektiven: Die Rolle des ZNO in der aktuellen Reformdebatte

Seit Jahren wird eine emotional aufgeladene Debatte zur Neuausrichtung der ukrainischen Hochschulpolitik geführt, dies wird an keinem Gegenstand so deutlich wie am neuen Hochschulgesetz. Gegenwärtig sind im Parlament drei Gesetzesentwürfe registriert und es ist äußerst unklar, welcher letztlich verabschiedet wird, da sich bisher für keinen der Entwürfe eine Parlamentsmehrheit abzeichnet. Eine zentrale Position innerhalb der Gesetzesentwürfe nimmt das ZNO ein. Da dessen Rolle in den drei Fassungen allerdings sehr unterschiedlich definiert wird, hängt die Zukunft des Exams maßgeblich davon ab, welche Version sich letztlich durchsetzt.

Den Entwurf der Partei der Regionen haben drei konservative Hochschulrektoren verfasst. Es ist daher nicht verwunderlich, dass dieser vor allem den Interessen der Rektorenlobby nachkommt, die sich tiefgreifenden Reformen verweigert und das ZNO weiter nivellieren will, um selbst wieder die Kontrolle über den lukrativen Auswahlprozess zu erlangen. Ihr Text sieht vor, das ZNO nur noch für kostenfreie Studienplätze zur Bedingung zu machen, wer dazu bereit ist, Studiengebühren zu zahlen, benötigte das Examen dann nicht mehr. Das würde bedeuten, dass keine Mindeststandards zur Aufnahme eines Studiums mehr nötig wären, und ginge letztlich zu Lasten der Qualität. Zudem sieht dieser Entwurf vor, den 116 Universitäten mit dem Status »Nationale Universität« wieder das Recht auf eigene Auswahlprüfungen einzuräumen, was de facto zu einer Situation wie vor der Einführung des ZNO und damit zu einem Anstieg der Korruption führen würde. Seit Bekanntwerden dieses Gesetzesvorschlags gibt es daher auch heftigen Protest von Studentengruppen.

Als Gegenkonzept haben die Oppositionsparteien einen gemeinsamen Entwurf entwickelt, der sich eher

an westlichen Modellen der Hochschulgovernance orientiert und die Rolle des ZNO stärken will. Zusätzlich zum ZNO soll ein analoger »akademischer Kompetenztest« eingeführt werden, der weniger den Wissensstand, sondern vielmehr die für ein erfolgreiches Studium notwendigen Kompetenzen erfasst. Der Entwurf sieht außerdem ein weiteres unabhängiges Examen am Studienende zur Qualitätssicherung vor. Die Opposition erhofft sich davon, Korruption auch im universitären Lehrbetrieb zu senken. Weiterhin sollen sämtliche Ausnahmeregelungen und Privilegien im Auswahlprozess wegfallen, um Schlupflöcher wieder zu schließen. Stattdessen will man sozial benachteiligte Personen mit Stipendien unterstützen.

Der dritte Entwurf stammt von einer Gruppe aus Bildungsexperten, zivilgesellschaftlichen Initiativen und Studierenden und gilt aufgrund dieses Zustandekommens und der Berücksichtigung vieler Interessen als konsensfähig. Er genießt auch in der Öffentlichkeit den stärksten Rückhalt. Das ZNO bleibt laut diesem Entwurf das entscheidende Auswahlkriterium, den Hoch-

schulen werden allerdings mehr Freiräume eingeräumt, beispielsweise bei der Festsetzung und Gewichtung der Prüfungsfächer; die Abiturdurchschnittsnote wird zu 10 % berücksichtigt und für einzelne Fächer wie Kunst oder Sport, die gesonderte Anforderungen benötigen, dürfen weiterhin Auswahlprüfungen stattfinden und bis zu 30 % in die Gesamtnote eingehen.

Gegenwärtig hat der Entwurf der Expertengruppe die größten Chancen, verabschiedet zu werden: Das parlamentarische Bildungskomitee hat diesen zur Lesung im Parlament empfohlen und auch die Opposition hat angeboten, den eigenen Entwurf zurückzuziehen und dem Expertenentwurf zuzustimmen, wenn die Regierungspartei dies ebenfalls tut. Bisher zeigt sich diese dazu jedoch nicht bereit und die Zukunft des ZNO ist weiterhin ungewiss. Die aktive Einmischung von Studentenorganisationen und der Zivilgesellschaft und der gesellschaftliche Zuspruch lassen hoffen, dass die weitere Degradierung einer der erfolgreichsten Reformen der jüngeren ukrainischen Geschichte aufgehalten werden kann.

Über den Autor:

Eduard Klein ist Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung und Doktorand der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Er forscht zu Korruption und Antikorruptionsmaßnahmen im postsowjetischen Hochschulsektor mit Fokus auf Russland und der Ukraine.

Lesetipps:

- Florian Küchler, Matthias Guttke und Oksana Schwajka: Rolle vorwärts oder rückwärts? Hochschulreform in der Ukraine, in: Ukraine-Analysen, Nr. 90, 2011, S. 2–6, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen90.pdf>>
- Kvit, Serhiy: An anti-education Ministry of Education, in: University World News, Nr. 280, 2013, <<http://www.universityworldnews.com/article.php?story=20130712102512854&query=an+anti-education+ministry>>
- Zaloznaya, Marina: Organizational cultures as agents of differential association: explaining the variation in bribery practices in Ukrainian universities, in: Crime, Law and Social Change 58 (3), 2012, S. 295–320, DOI 10.1007/s10611-012-9386-x.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Umfragen zur Unabhängigen Externen Prüfung und zu den Problemen der Hochschulen

Tabelle 1: Seit 2008 ist die Unabhängige Externe Prüfung zum Hauptkriterium bei der Hochschulzulassung geworden. Unterstützen Sie dieses Zulassungsverfahren? (%)

	Dez. 2008	März 2011	März 2011 (Ziel- gruppe)	Sept. 2011	Sept. 2011 (Ziel- gruppe)	Okt. 2012	Okt. 2012 (Ziel- gruppe)	Okt. 2013	Okt. 2013 (Ziel- gruppe)
Ja	14,6	17,0	24,5	21,5	29,0	13,8	19,2	17,6	25,0
Eher ja	27,3	28,9	32,8	28,9	34,8	35,6	42,8	35,8	40,0
Eher nein	17,3	19,2	18,9	15,2	10,7	18,1	17,0	15,9	15,2
Nein	16,8	10,9	11,3	10,7	11,5	9,1	9,4	9,0	8,8
Schwer zu sagen	24,1	24,1	12,6	23,7	14,0	23,4	11,6	20,7	11,0

Die Zielgruppe besteht aus Befragten, deren Kindern, Kindern von Verwandten und engen Freunden oder die Befragten haben selbst an der Unabhängigen Externen Prüfung teilgenommen. Der Anteil der Befragten an der Zielgruppe betrug im März 2011 – 33,5 %, im September 2011 – 32,6 %, im Oktober 2012 – 39 %, im Oktober 2013 – 34,3 %.

Quelle: Ergebnisse der nationalen Umfragen »Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zur Unabhängigen Externen Prüfung in den Jahren 2008–2013« <<http://www.useti.org.ua>>.

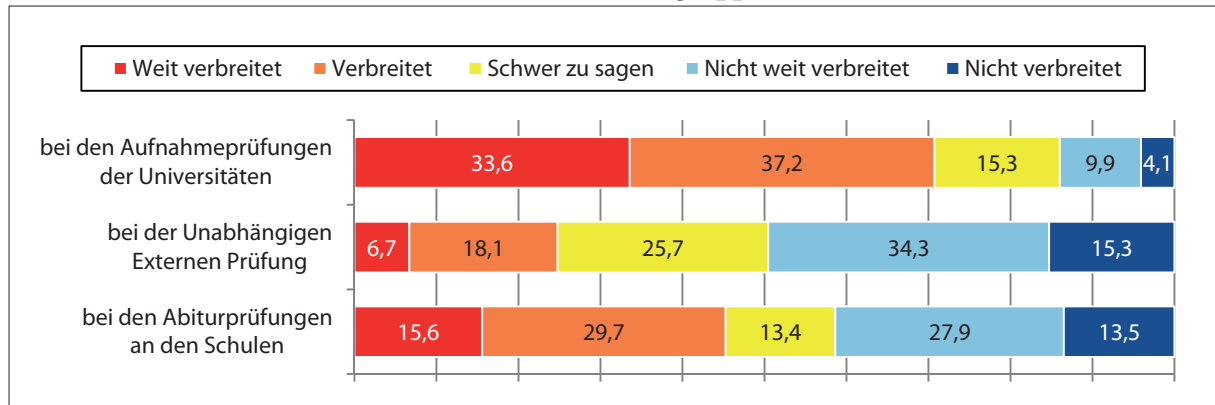
Tabelle 2: Die Unabhängige Externe Prüfung hat die Korruption bei der Hochschulzulassung reduziert. Sind Sie mit dieser Ansicht einverstanden? (%)

	März 2010	März 2011	Sept. 2011	Sept. 2011 (Ziel- gruppe)	Okt. 2012	Okt. 2012 (Ziel- gruppe)	Okt. 2013	Okt. 2013 (Ziel- gruppe)
Einverstanden	16,3	12,0	13,2	18,1	10,1	13,2	8,0	13,2
Eher einver- standen	26,6	29,7	22,9	29,8	28,7	32,8	37,9	44,3
Eher nicht ein- verstanden	16,7	14,7	20,4	14,4	18,3	19,8	22,1	18,3
Nicht einver- standen	11,1	16,6	16,5	16,2	15,4	14,6	9,6	9,4
Schwer zu sagen	29,3	17,0	27,0	21,4	27,5	19,7	22,0	14,9

Die Zielgruppe besteht aus Befragten, deren Kindern, Kindern von Verwandten und engen Freunden oder die Befragten haben selbst an der Unabhängigen Externen Prüfung teilgenommen. Der Anteil der Befragten an der Zielgruppe betrug im März 2011 – 33,5 %, im September 2011 – 32,6 %, im Oktober 2012 – 39 %, im Oktober 2013 – 34,3 %.

Quelle: Ergebnisse der nationalen Umfragen »Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zur Unabhängigen Externen Prüfung in den Jahren 2008–2013« <<http://www.useti.org.ua>>.

Grafik 1: Wie verbreitet ist Ihrer Meinung nach Korruption bei der Bewertung der Kenntnisse von Absolventen? (% , Oktober 2013, Zielgruppe)



Die Zielgruppe besteht aus Befragten, deren Kindern, Kindern von Verwandten und engen Freunden oder die Befragten haben selbst an der Unabhängigen Externen Prüfung teilgenommen. Der Anteil der Befragten an der Zielgruppe betrug im März 2011 – 33,5 %, im September 2011 – 32,6 %, im Oktober 2012 – 39 %, im Oktober 2013 – 34,3 %.

Quelle: Ergebnisse der nationalen Umfragen »Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zur Unabhängigen Externen Prüfung in den Jahren 2008–2013« <<http://www.useti.org.ua>>.

Tabelle 3: Welche aktuellen Probleme der Hochschulbildung in der Ukraine müssen Ihrer Meinung nach in den nächsten 5–10 Jahren behandelt werden? (% , Mehrfachauswahl, Oktober 2013)

	Partei der Regionen	Batkiw-schtschyna	UDAR	KPU	Swoboda	Bevölkerung
internationale Nichtanerkennung der meisten ukrainischen Universitätszeugnisse	46,7	42,7	47,6	35,5	51,3	41,5
Bestechlichkeit von Dozenten	39,7	36	43,6	41,9	32,8	39,9
Diskrepanz zwischen Ausbildung und Arbeitsplatzanforderungen	34,4	33,5	41,2	32,3	44,5	36,8
Schlechte finanzielle und technische Ausstattung der Universitäten	26,2	29,3	26,8	20,4	31,9	25
Diskrepanz zwischen Kompetenz und Entgelt der Dozenten	22,8	28	29,6	10,8	33,6	22,5
Mangelndes Interesse der Studierenden an qualitativ hochwertiger Bildung	23,2	25,6	22,8	30,1	17,6	23,8
Geringe Bildungsqualität der ukrainischen Hochschulen im Vergleich zum Weltniveau	21,2	26,2	24,8	19,4	25,2	22,8
Veraltete, durch Ideologie oder Konjunktur geprägte Lehrbücher	19,5	19,5	15,6	19,4	16,8	18,2
Inkompetenz von Dozenten	10,9	16,5	10,4	10,8	16,8	12,1
Geringe Autonomie der Universitäten	9,6	10,4	10,4	5,4	5,0	8,9
Keine wirkliche studentische Selbstverwaltung	10,6	3,0	7,2	7,5	8,4	8,2

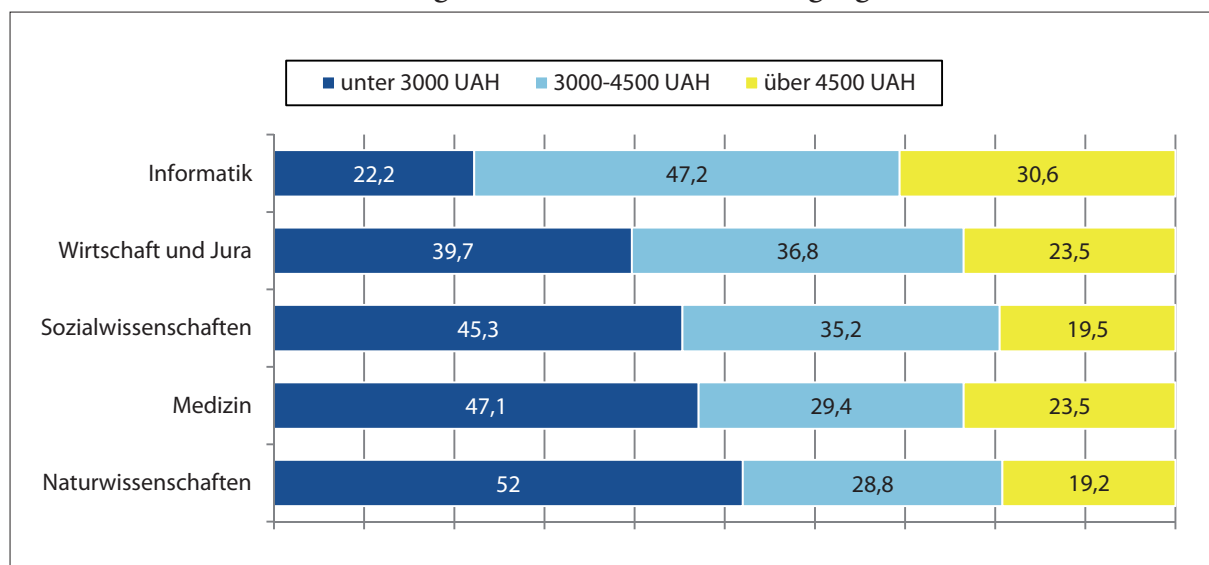
Quelle: Ergebnisse der nationalen Umfragen »Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zur Unabhängigen Externen Prüfung in den Jahren 2008–2013« <<http://www.useti.org.ua>>.

Tabelle 4: Was sind die ersten Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Hochschulbildung? (% , Mehrfachauswahl, Oktober 2013)

	Partei der Regionen	Batkiw-schtschyna	UDAR	KPU	Swoboda	Bevölkerung
Korruptionsbekämpfung an den Hochschulen	44,9	50,6	48,0	54,9	46,6	46,4
Erhöhung der Löhne von Dozenten	36,9	38,4	44,4	47,3	44,1	35,3
Anbindung der Ausbildung an die Arbeitsplatzanforderungen	37,5	46,3	38,4	38,5	40,7	38,9
Förderung der Zusammenarbeit mit den Top-Universitäten weltweit	38,5	28,0	33,6	16,5	42,4	32,6
Förderung der Forschung	36,9	31,7	30,0	24,2	18,6	29,2
Reduzierung der Anzahl der Hochschulen	23,6	25,0	20,0	27,5	26,3	21,1
Unternehmen dazu bewegen, Probleme der Hochschulbildung zu lösen	18,3	15,9	20,8	8,8	18,6	18,2
Einführung einer Unabhängigen Externen Prüfung für Absolventen	16,6	12,2	14,0	5,5	14,4	12,6

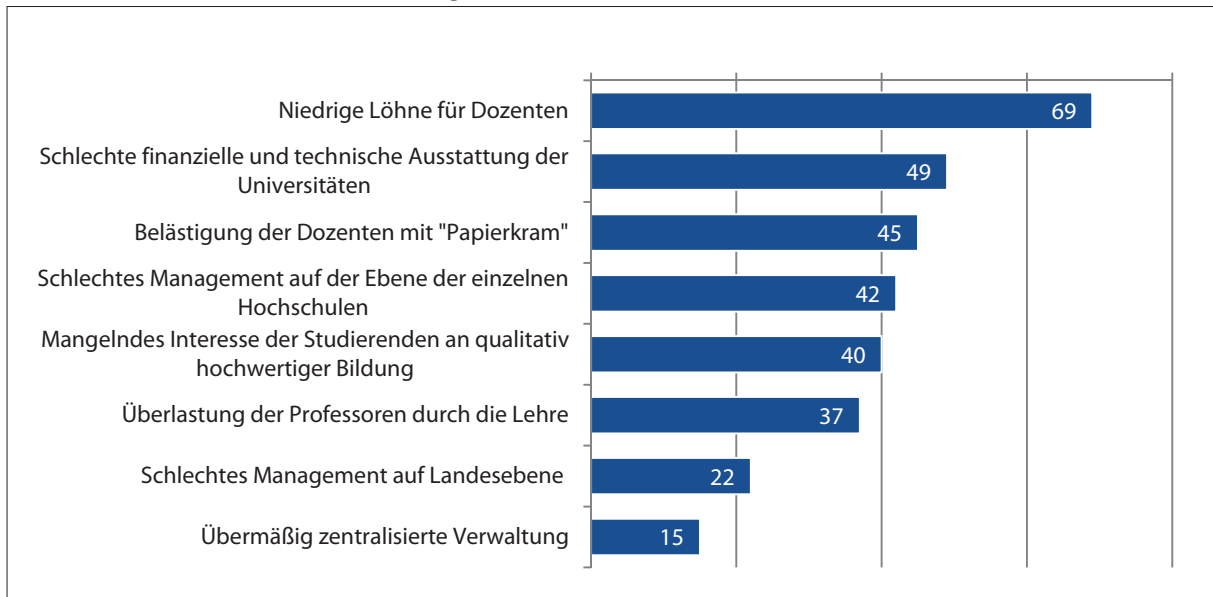
Quelle: Ergebnisse der nationalen Umfragen »Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zur Unabhängigen Externen Prüfung in den Jahren 2008–2013« <<http://www.useti.org.ua>>.

Grafik 2: Einkommensverteilung von Dozenten nach Studiengängen (%)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Centre for Society Research, 14.04.–19.06.2013 <http://www.cedos.org.ua/system/attachments/files/000/000/002/original/csr_-_teachers_-_report_-_final.pdf?1386338539>

Grafik 3: Die größten Probleme der ukrainischen Hochschulbildung nach Meinung der Dozenten (% , die Befragten konnten drei Antworten auswählen).



Quelle: Repräsentative Umfrage des Centre for Society Research, 14.04.–19.06.2013 <http://www.cedos.org.ua/system/attachments/files/000/000/002/original/csr_-_teachers_-_report_-_final.pdf?1386338539>

CHRONIK

11. Dezember 2013 – 26. Januar 2014

11.12.2013	In den frühen Morgenstunden stürmen Polizeieinheiten das von Protestierenden besetzte Gebäude der Stadtverwaltung und treiben Demonstranten auf dem Maidan der Unabhängigkeit auseinander. Schlagstöcke kommen zum Einsatz, mutmaßlich auch Tränengas. 20 Menschen werden im Laufe des Tages in die Krankenhäuser eingeliefert, darunter 9 Polizisten.
11.12.2013	Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton kritisiert den erneuten Einsatz von Polizeigewalt zur Auflösung der Demonstrationen, der in der Nacht auf den 11. Dezember stattgefunden hatte, noch während Ashton sich in Kiew aufhielt.
11.12.2013	Städtische Mitarbeiter und Polizisten fahren mit der Demontage der von Demonstranten errichteten Barrikaden fort. Die Einsatzkräfte bauen zudem die Zelte der Protestierenden auf dem Michajlowskaja-Platz ab. Die Polizeieinheiten werden vom Maidan und von der Hauptstraße Chreschtschatyk abgezogen.
11.12.2013	EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle kündigt höhere Unterstützung für die Ukraine durch EU und IWF an, sollte sie sich dazu entscheiden, das Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen. Ministerpräsident Mykola Asarow verlangt in einer Erklärung 20 Milliarden Euro von der EU als Kompensation für die wirtschaftlichen Verluste, die mit einer Unterzeichnung einhergingen.
11.12.2013	Das Kiewer Berufungsgericht fällt über zwei am ersten Dezember verhaftete Aktivisten sein Urteil. Einer wird unter Hausarrest gestellt, ein weiterer wegen »aktiver Beteiligung an Massenunruhen« zu einer Geldstrafe verurteilt und aus der Haft entlassen. Nach den Zusammenstößen von Demonstranten und Polizei am 1. Dezember waren 60 Menschen verhaftet worden.
11.12.2013	Nachdem zwei der verbliebenen drei Abgeordneten die Fraktion der Partei der Regionen im Parlament der Region Lwiw verlassen haben, wird die Fraktion, die ursprünglich aus sechs Abgeordneten bestanden hatte, aufgelöst.
11.12.2013	Präsident Wiktor Janukowytsch lädt Oppositionsvertreter und Gruppen der Zivilgesellschaft in einer Fernsehansprache zu einem Runden Tisch ein. Er erklärt außerdem, dass gegen friedliche Demonstrationen »niemals« Gewalt eingesetzt werde.
12.12.2013	Das Europäische Parlament verabschiedet eine Resolution zur Zukunft der Östlichen Partnerschaft insbesondere mit der Ukraine, in der es dazu aufruft, möglichst bald einen Runden Tisch zwischen Regierung und Oppositionskräften einzuberufen und die EU-Institutionen zur Abschaffung des Visaregimes mit der Ukraine anregt.
12.12.2013	Außenminister Leonid Koschara erklärt, dass die EU und Ukraine wieder in Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen stünden. Später bestätigen dies der EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle und der ukrainische Vize-Ministerpräsident Arbusow.
12.12.2013	Im Palast der Ukraine in Kiew findet der angekündigte Runde Tisch zwischen Präsident Wiktor Janukowytsch und Vertretern von politischer Opposition, Zivilgesellschaft und Kultur statt. Der Präsident kritisiert sowohl die Aktionen »radikaler Provokateure« als auch die Reaktionen der Polizei. Zuvor hatte Janukowytsch eine Amnestie für die verhafteten Demonstranten ins Spiel gebracht. Weitere Vorschläge zur Klärung der Situation bleiben aus.
14.12.2013	Generalstaatsanwalt Wiktor Pschonka nennt vier hohe Beamte, die im Verdacht stehen, die gewaltsame Polizeiaktion am 30. November auf dem Maidan angeordnet zu haben. Namentlich sind es der stellvertretende Sekretär des Sicherheitsrates des Präsidenten, Walerij Siwkowytsch, der Vorsitzende der Kiewer Stadtverwaltung, Oleksandr Popow, der bereits zurückgetretene Chef der Kiewer Polizei, Walerij Korjak, und dessen Stellvertreter, Petro Fedtschuk. Am gleichen Tag entlässt Präsident Wiktor Janukowytsch Oleksandr Popow und Walerij Siwkowytsch.
15.12.2013	In den fünf Wahlkreisen, in denen bei der Parlamentswahl im Oktober 2012 aufgrund von Unregelmäßigkeiten kein Ergebnis festgestellt werden konnte, finden Nachwahlen statt. Die Wahlbeteiligung liegt im Mittel bei 48 %. In den fünf Wahlkreisen siegen vier Kandidaten, die der Partei der Regionen angehören oder ihr zugerechnet werden und ein Kandidat der Opposition.
16.12.2013	Bei den Nachwahlen zu fünf Parlamentssitzen gibt es von mehreren Seiten Beschwerden. Das Komitee der Wähler der Ukraine stellt in einigen Wahllokalen Unregelmäßigkeiten fest; die Partei Vaterland beklagt 700 Verstöße im Wahlkreis Nr. 94 in der Region Kiew, darunter »Karussellwähler«, dort war zudem der Kandidat der Opposition durch eine Gerichtsentscheidung von der Wahl ausgeschlossen worden; die Organisation Opora erklärt die Ergebnisse der Wahlkreise 194 (Tscherkassy) und 223 (Kiew) wegen »übermäßiger Verstöße« für nicht legitim. Insgesamt gehen beim Zentralen Wahlkomitee 26 Beschwerden ein.
16.12.2013	Bei einem Brand in einer Donezker Kohlemine kommen vier Bergarbeiter ums Leben.

17.12.2013	Präsident Wiktor Janukowytsch trifft in Moskau den russischen Präsidenten Wladimir Putin, nach eigener Aussage um die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder wieder zu verbessern, nachdem das Handelsvolumen – auch aufgrund einer De-facto-Zollblockade von russischer Seite – zuletzt um 25 % zurückgegangen war. Sie entwerfen zudem eine engere Zusammenarbeit in militärischen Fragen, bei der Grenzkontrolle und gemeinsam durchgeführten Festlichkeiten.
17.12.2013	Präsident Wiktor Janukowytsch und der russische Präsident Wladimir Putin einigen sich in Moskau auf den Ankauf ukrainischer Staatsanleihen im Wert von 15 Milliarden Dollar durch Russland. Außerdem unterzeichnen die staatlichen Gasunternehmen Naftohaz und Gazprom eine Ergänzung ihres Vertrages, der die Senkung des Gaspreises von derzeit 400 auf 270 Dollar pro 1000 m ³ vorsieht.
19.12.2013	In einer Pressekonferenz erklärt der russische Präsident Putin, dass der Preisnachlass, den Russland der Ukraine auf importiertes Gas gewährt hatte, zeitlich begrenzt sei. Man müsse weitere Verhandlungen führen, um das niedrige Niveau stabil zu halten.
19.12.2013	Das Parlament stimmt mit 339 Stimmen für eine Amnestie der bei den Protesten gegen die Regierung seit dem 21. November festgenommenen Aktivisten. Der Gesetzesvorschlag wurde von einem Abgeordneten der Oppositionspartei Vaterland eingereicht. Präsident Janukowytsch hatte einige Tage zuvor eine solche Amnestie angeboten.
20.12.2013	Witalij Klitschko, Arsenij Jazenjuk und Oleh Tjahnibok, die Chefs der dreiparlamentarischen Oppositionsparteien UDAR, Vaterland und Freiheit, teilen mit, dass sie nicht an dem vom ehemaligen Präsidenten Leonid Krawtschuk einberufenen Runden Tisch teilnehmen werden, da auch Präsident Janukowytsch dem Gespräch fernbleiben wird. Die Runde unter dem Titel »Wir vereinigen die Ukraine« tagt im Beisein der ehemaligen Präsidenten Krawtschuk, Kutschma und Juschtschenko.
21.12.2013	Auf dem EU-Gipfel in Brüssel bekräftigt die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Angela Merkel, dass für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine keine zeitliche Grenze bestehe – die Tür nach Europa bleibe geöffnet. Gleichzeitig betont sie, dass die Ukraine nicht zugleich Mitglied einer Zollunion mit Russland und der Freihandelszone mit der EU sein könne.
21.12.2013	Sergej Lawrow, russischer Außenminister, erklärt in einem Interview, dass Russland die Beteiligung der Ukraine an »eurasischen Integrationsprozessen« wünsche und dass die Vereinbarungen, die Präsident Janukowytsch am 17. Dezember in Moskau mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin unterzeichnet hat, in die entsprechende Richtung weisen. Er fügt hinzu, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit der bisher in der Zollunion zusammengeschlossenen Staaten Russland, Belarus und Kasachstan ab 2015 auf eine höhere Stufe der Integration gehoben werden soll.
22.12.2013	Ein Aktivist der Gruppe »Straßenkontrolle«, die gegen Korruption im Verkehrswesen kämpft, wird von Unbekannten angegriffen, sein Auto wird in Brand gesteckt. Die Angreifer fordern ihn auf, die Adresse eines Aktivisten zu nennen, der nach dem gewaltsamen Zusammenstoß von Polizei und Demonstranten am 1. Dezember verhaftet worden war.
22.12.2013	Eine »schwarze Liste« ausländischer Experten und Aktivisten kursiert in Kiew, die möglicherweise vom Abgeordneten der Partei der Regionen, Oleh Zarjow, stammt, und die die Ausweisung der genannten Personen aus der Ukraine fordert. Darunter ist auch Andreas Umland, langjähriger Autor der Ukraine-Analysen.
22.12.2013	Wegen umfassender Verschmutzung durch Industrie- und Haushaltsabwässer ist der Fischbestand im Asowschen Meer dramatisch zurückgegangen.
23.12.2013	Vize-Premierminister Jurij Bojko erklärt, die Ukraine brauche trotz der kürzlich erhaltenen Finanzhilfen aus Russland in Höhe von 15 Milliarden Dollar einen Kredit des IWF.
23.12.2013	Der erste Stellvertreter des russischen Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedew, Igor Schuwalow, warnt die Ukraine in einem Fernsehinterview, dass Russland in jedem Moment seine Finanzhilfen über 15 Milliarden Dollar zurückfordern könnte.
23.12.2013	Präsident Wiktor Janukowytsch unterschreibt das Gesetz zur Amnestierung der Aktivisten, die bei friedlichen Protesten festgenommen und angeklagt worden waren. Dies gilt auch für die beteiligten Angehörigen der Spezialeinheit Berkut, denen eine unangemessene Anwendung von Gewalt vorgeworfen wurde.
24.12.2013	Nach Angaben des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung ist der Warenexport aus der Ukraine im Jahr 2013 stabil geblieben.
24.12.2013	Die nationale Statistikbehörde erklärt, im Jahr 2013 sei die Nettozahl der in der Ukraine lebenden Menschen um 100.000 zurückgegangen.

25.12.2013	Die Journalistin und Aktivistin Tatjana Tschernowol wird in Ternopil auf der Straße zusammengeschlagen. Präsident Janukowytsch fordert, den Fall schnellstmöglich aufzuklären. Am selben Tag werden bereits Verdächtige festgenommen. Die Ombudsfrau für Menschenrechte, Walerija Lutkowska, nimmt sich persönlich des Falles an.
26.12.2013	Präsident Wiktor Janukowytsch weist Ministerpräsident Mykola Asarow an, die Verbraucherpreise für Gas zu senken. Am 17. Dezember hatte sich Janukowytsch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin auf eine Senkung des Gasimportpreises von derzeit 400 auf 270 Dollar pro m ³ geeinigt.
26.12.2013	Präsident Wiktor Janukowytsch kündigt einen »entschlossenen Krieg gegen Korruption« für das neue Jahr an.
27.12.2013	Eine Umfrage der Stiftung für Demokratische Initiative ergibt, dass 48 % der Befragten in einem Referendum für den Beitritt der Ukraine zur EU stimmen würden, 36 % wären dagegen. Gleichzeitig heißen 47 % die im Dezember getroffenen Vereinbarungen mit Russland gut, 28 % beurteilen sie negativ.
28.12.2013	Die ukrainische orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats verbietet, Kinder von Leihmüttern zu taufen.
30.12.2013	Ukrainische Staatsbürger dürfen sich ab 2014 innerhalb eines Halbjahres nur noch 90 Tage in Folge in Russland aufhalten. Eine nachträgliche Verlängerung der Aufenthaltsdauer ist möglich. Zuvor galten keine zeitlichen Beschränkungen.
30.12.2013	Das ukrainische Institut für Massenmedien gibt bekannt, dass im Jahr 2013 in der Ukraine 101 tätliche Angriffe auf Journalisten verübt wurden. Die meisten dieser Angriffe geschahen während der Berichterstattung über Protestaktionen.
30.12.2013	Die Regierung gibt bekannt, dass der Gaspreis für private Verbraucher im Jahr 2014 um 10 % gesenkt wird. Für staatliche Stellen gibt es einen Preisnachlass von 29 %.
01.01.2014	Auch in der Nacht zum neuen Jahr ist der Maidan der Unabhängigkeit in Kiew mit Menschen angefüllt, die dort das neue Jahr feiern. Zehntausende singen die ukrainische Nationalhymne.
01.01.2014	In Kiew halten Anhänger des umstrittenen Unabhängigkeitskämpfers aus der Westukraine, Stepan Bandera, anlässlich dessen 105. Geburtstages einen Fackelmarsch ab. Nach Angaben der den Marsch ausrichtenden recht-nationalen Partei Freiheit nehmen 20.000 Menschen teil.
02.01.2014	Die Ukrainische Nationalbank erklärt, dass die Summe der ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 2013 von zuvor 5,7 Milliarden Dollar auf 2,6 Milliarden Dollar gefallen sei.
04.01.2014	Die staatliche Statistikbehörde gibt an, dass im Jahr 2013 über 150 % mehr Menschen die Ukraine verlassen haben als im Jahr 2012.
05.01.2014	Der Vorschlag des Haushalts für 2014 sieht vor, dass Bildung und Forschung mit 0,3 % des Bruttoinlandsproduktes einen so geringen Anteil erhalten wie nie zuvor seit der Unabhängigkeit der Ukraine.
07.01.2014	Die etwa 33 Millionen christlich-orthodoxen Ukrainer verschiedener Patriarchate und die ca. 5,5 Millionen griechisch-katholischen Ukrainer, die dem orthodoxen Ritus folgen, feiern Weihnachten.
08.01.2014	Vertreter des russischen Wirtschaftsministeriums geben bekannt, dass Russland vier Milliarden Dollar in ukrainische Werften in Cherson, Odessa, Mykolajiw und auf der Krim investieren werde.
09.01.2014	Anlässlich der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft erklärt der griechische Außenminister Evangelos Venizelos, dass der Fokus in der Nachbarschaftspolitik nun von den osteuropäischen Staaten auf die nordafrikanischen Staaten und den Nahen Osten verschoben werde.
09.01.2014	Der Vertrag zwischen den USA und der Ukraine aus dem Jahr 1993 zur Hilfe zur Vernichtung von Atomwaffen wird verlängert.
10.01.2014	Ein Gericht in der Region Kiew verurteilt drei Männer zu je sechs Jahren Freiheitsstrafe. Sie waren angeklagt, im Jahr 2011 während der Festlichkeiten zum Tag der Unabhängigkeit einen Anschlag auf das Lenindenkmal in der Stadt Borispil geplant zu haben. Bei einer Protestaktion gegen das Urteil vor dem Gerichtsgebäude kommt es zu Ausschreitungen zwischen Demonstranten und der Spezialeinheit Berkut. Fünf Menschen werden ins Krankenhaus eingeliefert.
11.01.2014	Die Demonstrationen gegen die Verurteilung der Aktivisten vom 10. Januar setzen sich fort. Vor der örtlichen Polizeidienststelle versammeln sich etwa 1000 Menschen und blockieren die Ankunft von Bussen der Spezialeinheit Berkut. Es kommt erneut zu Zusammenstößen, bei denen der ehemalige Innenminister Jurij Luzenko am Kopf verletzt wird.
12.01.2014	Im Marijnskij-Park in Kiew findet eine Kundgebung mit dem Titel »Für die Ordnung« statt. Sechs Armeeezelte werden für die Pro-Janukowytsch-Demonstranten bereitgestellt.
13.01.2014	Ein Sprecher der Hohen Repräsentantin der EU, Catherine Ashton, schließt Sanktionen gegen hohe ukrainische Beamte zurzeit aus.

14.01.2014	Die Oppositionsparteien blockieren die Tribüne des Parlaments. Sie fordern die Einrichtung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu den Gewalteinsetzungen der Polizei während der Protestaktionen der vergangenen Wochen.
15.01.2014	Trotz der fortgesetzten Blockade des Parlaments durch die Opposition eröffnet Parlamentssprecher Wolodymyr Rybak die Sitzung.
15.01.2014	Ein Sprecher des Präsidenten Janukowytsch kündigt ein staatliches Programm zur Verbesserung des Investitionsklimas in der Ukraine an. Zwei Wochen zuvor war bekannt geworden, dass sich die ausländischen Direktinvestitionen in der Ukraine im Jahr 2013 etwa halbiert hatten.
16.01.2014	Die Opposition setzt ihre Blockade des Parlaments fort. Ungeachtet dessen stimmen die Abgeordneten der Regierungskoalition aus der Partei der Regionen und der Kommunistischen Partei per Handzeichen für eine Reihe von Gesetzen, darunter den Haushalt für 2014. Die Opposition fordert ein ordnungsgemäßes Verfahren mit mehreren Lesungen. Der Haushalt sieht 70 Milliarden Hrywnja (ca. 600 Millionen Euro) Neuverschuldung vor.
16.01.2014	Unter den angenommenen Gesetzen, die die Regierungskoalition aufgrund der Blockade des Parlaments durch die Opposition per Handzeichen verabschiedet, finden sich sehr umstrittene Projekte. So kann künftig die Beschädigung sowjetischer Denkmäler mit drei bis fünf Jahren Freiheitsentzug bestraft werden. Hohe Geldstrafen werden für die Leugnung der Verbrechen des Nationalsozialismus erhoben. Das Aufstellen von Zelten, Bühnen und Lautsprecheranlagen wird verboten, sowie das Tragen von Masken bei Demonstrationen. Üble Nachrede wird ein Straftatbestand, für die Sicherheit von Richtern soll durch die Erhöhung von Strafen für die Störung der öffentlichen Ordnung gesorgt werden, SIM-Karten können nur noch mit Erfassung persönlicher Daten erworben werden, nicht mehr als fünf Autos dürfen in einer Kolonne fahren. Zuvor hatte ein Gericht Demonstrationen im Zentrum Kiews vom 8. Januar bis zum 8. März untersagt.
17.01.2014	Vertreter der USA und der EU kritisieren sowohl Inhalt als auch Entstehung der neuen Gesetze. EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle erklärt, die Gesetze widersprechen der europäischen Orientierung der Ukraine. Die hohe Repräsentantin der EU, Catherine Ashton, ruft Präsident Janukowytsch dazu auf, die übrigen Gesetze nicht zu unterschreiben.
17.01.2014	Präsident Wiktor Janukowytsch unterschreibt alle Gesetze, die am Tag zuvor durch Abstimmung per Handzeichen im Parlament verabschiedet worden waren.
19.01.2014	Während einer Protestkundgebung gegen die neuen Gesetze in Charkiw kommt es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Auch in Kiew eskaliert erneut die Gewalt, nachdem der Protest am Nachmittag wieder aufgefrischt war. Die Polizei setzt einen Wasserwerfer sowie Blendgranaten und Tränengas ein, die Demonstranten werfen Feuerwerkskörper, Steine und Molotow-Cocktails auf die Einheiten, einige sind mit Schlagstöcken und selbstgebasteten oder von der Polizei erbeuteten Schilden ausgestattet. Barrikaden werden errichtet. Mehr als 70 Polizisten werden verletzt.
19.01.2014	Präsident Wiktor Janukowytsch schlägt angesichts der eskalierenden Proteste Arsenij Jazenjuk, dem Fraktionsvorsitzenden der größten Oppositionspartei Vaterland, einen runden Tisch zur Lösung der politischen Krise vor.
20.01.2014	In der Nacht stecken Demonstranten sechs Fahrzeuge der Polizei in Brand. Am Tag gehen die Gefechte weiter. Die Gruppe »Rechter Sektor« ist nach eigenen Angaben mit mehreren Bürgerwehren an den Straßenschlachten beteiligt. Die Polizei setzt Gummigeschosse gegen Demonstranten und auch Journalisten ein.
20.01.2014	Die Anführer der drei parlamentarischen Oppositionsparteien Vaterland, Freiheit und UDAR erklären, dass sie sich nur dann an Gesprächen zur Lösung der Krise beteiligen werden, wenn die umstrittenen Gesetze zurückgenommen werden und Präsident Janukowytsch persönlich an den Gesprächen teilnimmt.
20.01.2014	Die Partei der Regionen gibt der Opposition die Schuld dafür, dass die Proteste außer Kontrolle geraten seien, und wirft ihr vor, die Demonstranten zu Gewalt aufgerufen zu haben. Die Opposition gibt die Vorwürfe zurück und verweist auf den massiven Gewalteinsetz der Polizei. Bei den Zusammenstößen der vergangenen Tage waren ca. 120 Demonstranten und 80 Polizisten verletzt worden. 50 Menschen waren verhaftet worden.
21.01.2014	UN-Generalsekretär Ban Ki Moon ruft die Konfliktparteien dazu auf, in Dialog einzutreten. Die Hohe Kommissarin der UN für Menschenrechte, Navi Pillay, bittet indes die ukrainische Regierung, die am 16. Januar verabschiedeten Gesetze nicht in Kraft treten zu lassen.
21.01.2014	In einer Umfrage der Stiftung für Demokratische Initiative sprechen sich die Bewohner aller Makroregionen gegen die Anwendung von Gewalt zur Auflösung der Proteste aus. Während im Westen und im Zentrum eine große Mehrheit diese Position vertritt, sind auch im Süden und im Osten des Landes mit 53 % bzw. 63 % die Menschen mehrheitlich gegen Gewaltanwendung.

22.01.2014	Es gibt Meldungen über Tote bei den Demonstrationen. Nachdem die Proteste sich am Vortag beruhigt hatten, flammen sie von neuem auf. Ein Demonstrant stürzt vom Dach des alten Dynamo-Stadions im Stadtzentrum, nahe der Hruschewskij-Straße, wo die Kämpfe stattfinden. Von dort waren einige Molotowcocktails auf Polizeieinheiten geworfen worden, die daraufhin das Dach erklommen. Am Morgen durchbricht die Spezialeinheit Berkut die Barrikaden. Ein weiterer Demonstrant stirbt, Berichten zufolge an Schusswunden. Das Innenministerium weist Vorwürfe zurück, nach denen die Polizei scharfe Munition gegen Demonstranten eingesetzt habe.
22.01.2014	Die USA verhängen Einreisesperren gegen einige hohe ukrainische Beamte, die an dem Gewalteininsatz gegen Demonstranten im November und Dezember vergangenen Jahres beteiligt gewesen sein sollen. Das Außenministerium Litauens verlangt, dass die EU ihrerseits Sanktionen gegen die Ukraine verhängen solle.
22.01.2014	Die russische Staatsduma gibt in einer Resolution die Schuld an der Eskalation der Gewalt dem »extremistischen« Teil der ukrainischen Opposition und westlichen Politikern, die mit ihrer Präsenz und ihren Äußerungen den Konflikt angestachelt hätten.
22.01.2014	Die Kämpfe haben beinahe das Gebäude der Präsidentenadministration erreicht. Dort treffen die Führer der Oppositionsparteien mit dem Präsidenten Wiktor Janukowytsch zusammen und beraten über eine Lösung der Krise. Die Oppositionspolitiker stellen nach dem Gespräch dem Präsidenten ein Ultimatum von 24 Stunden, in denen er auf die Forderungen der Protestierenden reagieren soll.
22.01.2014	In der Ljuteranska-Straße setzen sich die Kämpfe zwischen Polizei und Protestierenden fort. Bei den Zusammenstößen der vergangenen Tage wurden insgesamt über 200 verletzte Polizisten gezählt, dabei auch 35 Journalisten.
22.01.2014	Von der Bühne auf dem Maidan der Unabhängigkeit rufen die Oppositionsparteien die Gründung einer revolutionären Regierung in Form eines »Volksparlamentes« aus, dessen Vorsitz die Parteichefs der drei Oppositionsparteien Vaterland, Freiheit und UDAR übernehmen.
22.01.2014	Der Bürgermeister der westukrainischen Stadt Lwiw erklärt, dass in seiner Stadt die am 16. Januar verabschiedeten Gesetze »niemand umsetzen« werde.
23.01.2014	Nach Auskünften des Innenministeriums wurden bei den Protesten seit November bereits 254 Polizisten verletzt. Die Gesamtzahl der Verletzten steigt damit auf über 400 an.
23.01.2014	Ministerpräsident Mykola Asarow gibt zu Protokoll, dass er bestrebt sei, den Konflikt mit einem Kompromiss zu lösen. Zuvor hatte er – wenn auch offiziell im Zusammenhang mit der politischen Arbeit des vergangenen Jahres – angekündigt, dass auch eine Umstellung der Regierung in Betracht komme. Die umstrittenen Gesetze könnten im Falle einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Opposition noch abgeändert werden.
23.01.2014	Martin Schulz, Präsident des EU-Parlaments, schließt Sanktionen gegen hohe Beamte der Ukraine in Form des Einfrierens von Konten und Visabeschränkungen nicht aus.
23.01.2014	In der Provinz Tscherkassy gelingt es Demonstranten nicht, das Gebäude der Regionalverwaltung zu stürmen und zu besetzen. 58 Menschen werden vorläufig festgenommen.
23.01.2014	Einer der Organisatoren des »Automaidan«, Dmytro Bulatow, verschwindet spurlos. Der Automaidan ist eine Protestform, bei der Aktivisten in ihren eigenen Autos Wohngebäude von Politikern oder Oligarchen aufsuchen und dort spontane Kundgebungen durchführen.
24.01.2014	Der Oppositionspolitiker und Chef der Partei UDAR, Witalij Klitschko, erklärt nach einem Treffen mit Präsident Wiktor Janukowytsch, dass dieser sich dazu bereiterklärt habe, die bei den Kämpfen in der Hruschewskij-Straße verhafteten Aktivisten zu amnestieren, wenn die Gewalt unterbunden werde. Später gibt Janukowytsch an, alle Verhafteten würden freigelassen, ausgenommen diejenigen, die »schwere Verbrechen« begangen hätten.
24.01.2014	Demonstranten erstürmen das Gebäude des Landwirtschaftsministeriums, das an der blockierten Hauptstraße, dem Chreschtschatyk, liegt.
24.01.2014	In Lwiw, Schytomir, Rivne, Tscherniwzy, Sumy, Ternopil, Iwano-Frankiwsk und Chmelnyzky unternehmen Protestierende Versuche, städtische oder regionale Verwaltungsgebäude zu besetzen.
24.01.2014	Der staatliche russische Gaskonzern Gasprom erklärt, die Ukraine habe im vergangenen Jahr 2,7 Milliarden Dollar an Gasschulden angehäuft. Der ukrainische stellvertretende Ministerpräsident Jurij Bojko gibt an, man prüfe alle Möglichkeiten, die Schuld zu begleichen.
24.01.2014	In Kiew wird, abseits der Proteste, die Leiche eines erschossenen Polizisten gefunden.
24.01.2014	Bei den anhaltenden Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften gibt es bisher bis zu sechs Todesopfer, fünf davon auf der Seite der Demonstranten.
24.01.2014	Der Aktivist Mykola Hawryluk kehrt auf den Maidan zurück. Er war zuvor von Polizisten festgehalten, entkleidet und erniedrigt worden. Ein Video der Aktion war in sozialen Medien aufgetaucht.

25.01.2014	Während in Donezk und Luhansk Demonstrationen zur Unterstützung des Präsidenten Wiktor Janukowytsch stattfinden, stürmen Demonstranten in Wynyzyja, Poltawa und Tschernihiw städtische Gebäude, in Wolyn erkennt das von der Partei Freiheit dominierte Regionalparlament das in Kiew ausgerufene Nationalparlament an. Das Gleiche war zuvor schon in Lwiw geschehen. Die politische Führung der Region Wolyn tritt nach langanhaltenden Demonstrationen freiwillig zurück.
25.01.2014	Meldungen über einen Angriff der »Selbstverteidigungstruppe« der Protestierenden in Kiew auf drei Polizisten werden kolportiert. Einer davon soll mit einem Messer verletzt worden sein. Die beiden anderen werden festgehalten. Das Innenministerium fordert ihre Freilassung.
25.01.2014	In einem überraschenden Schritt bietet Präsident Wiktor Janukowytsch Oppositionspolitikern Schlüsselposten in der Regierung an. Arsenij Jazenjuk könnte Premierminister, Witalij Klitschko Vize-Premier werden. Wiktor Janukowytsch bietet an, möglicherweise zur Verfassung von 2004 zurückzukehren. Bei dem Treffen zwischen Janukowytsch und den Oppositionspolitikern wird außerdem vereinbart, die Straßen Kiews schrittweise wieder freizugeben.
26.01.2014	Arsenij Jazenjuk, Vorsitzender der Fraktion der größten Oppositionspartei Vaterland, gibt an, dass er und Witalij Klitschko noch nicht über das Angebot des Präsidenten entschieden haben, nach dem sie die Führung der Regierung bekleiden könnten. Die Entscheidung werde die jeweilige Partei treffen.
26.01.2014	Den Demonstranten gelingt es, das Ukrainische Haus am Europäischen Platz in Kiew zu besetzen. Es ist ein Museum. Am Abend besetzen Protestierende außerdem das Justizministerium.
26.01.2014	In Iwano-Frankiwsk, Chmelnyzky, Poltawa und Ternopil verbieten die Regionalparlamente die Tätigkeiten und die Symbolik der Partei der Regionen und der Kommunistischen Partei. Sie erkennen außerdem die in Kiew gebildete revolutionäre Regierung an.
26.01.2014	In Dnipropetrowsk und Saporischschja besetzen Demonstranten Verwaltungsgebäude. Es kommt zu Verletzungen und Verhaftungen.
26.01.2014	Regelmäßig wird von Aktivisten berichtet, die spurlos verschwinden und in manchen Fällen an abgelegenen Orten wieder auftauchen, oft mit erheblichen Verletzungen. Zu den Meldungen aus Kiew kommen auch solche aus Donezk und Charkiw.

Die Chronik wird von Jan-Matti Dollbaum zusammengestellt.

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Malygina

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<https://twitter.com/laenderanalysen>